



Karl Christian Führer

Carl Legien (1861–1920)

Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer
es verdient hat, erinnert zu werden

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Reihe
Gesprächskreis Geschichte
Heft 101

Karl Christian Führer

Carl Legien (1861–1920)

Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer
es verdient hat, erinnert zu werden

Gesprächskreis Geschichte

Heft 101

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke
Archiv der sozialen Demokratie

Dieses Heft erscheint in Zusammenarbeit mit der
Johannes-Sassenbach-Gesellschaft.



Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: Eva.Vary@fes.de
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

© 2014 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist
ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

Redaktion:
Johannes Platz, Anna Strommenger

Gestaltung und Satz:
PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Buxtehude

Umschlag:
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:
Katja Ulanowski

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-513-3
ISSN 0941-6862

Inhalt

Johannes Platz	
Vorwort	4
Christian Hoßbach	
Einführungsrede anlässlich des 150. Geburtstages von Carl Legien	7
Karl Christian Führer	
Carl Legien (1861–1920)	
Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer es verdient hat, erinnert zu werden	9
Quellen- und Literaturverzeichnis	49
Bildnachweis	50
Zum Autor	51

Vorwort

Anlässlich des 150. Geburtstags von Carl Legien hatten das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung und der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg zu einem Gesprächskreis Geschichte eingeladen und präsentierten gemeinsam mit dem Historiker Karl Christian Führer „drei Gründe, warum der Gewerkschafter Carl Legien es verdient hat, erinnert zu werden“.

Das Thema führt unmittelbar in die Geschichte der Freien Gewerkschaften in Deutschland. Es greift mit Carl Legien, dessen 150. Geburtstag Anfang Dezember 2011 auch vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer mit einer Gedenkstunde begangen wurde, eine herausragende und prägende Persönlichkeit der Gewerkschaftsgeschichte heraus.

Auf der Gedenkfeier zu Ehren Carl Legiens auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, zudem die Bedeutung Legiens für den Ausbau der Freien Gewerkschaften zu mitgliederstarken und wirkungsmächtigen Organisationen hervorgehoben. Er betonte, dass das Stinnes-Legien-Abkommen (1918) zur Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Arbeitgebern ein wichtiger Schritt zur Anerkennung der Tarifautonomie war, die die Handlungs- und Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stärkte. Wie aufrecht Legien zur Weimarer Republik stand, zeigte sich dann ganz besonders im Aufruf zum Generalstreik gegen den Kapp-Putsch im März 1920.

Die Veranstaltung reiht sich ein in die gewerkschaftsgeschichtlichen Tätigkeiten des Archivs der sozialen Demokratie. Das AdsD beherbergt einen großen Teil des Gedächtnisses der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und macht die organisatorischen Quellen der Gewerkschaften und Nachlässe bedeutender Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der fachlichen und gewerkschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich.

Gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung hat das Archiv der sozialen Demokratie in den vergangenen Jahren durch Tagungen und Publikationen zur Ge-

werkschaftsgeschichte vielfältig als Impulsgeber gewirkt. Auch durch Ausstellungen über die Geschichte des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften von 1906 (Mannheimer Abkommen) bis 2006 oder über Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Widerstand gegen den Nationalsozialismus leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung wichtige Aufklärungsarbeit über die historische Rolle der deutschen Gewerkschaften. Zuletzt ist aus einer Tagung zu neuen Ansätzen der Gewerkschaftsgeschichte ein Sammelband über die Geschichte der Gewerkschaften in den Zeiten „nach dem Strukturbruch“, also den Jahren nach dem Ölpreisschock und den geänderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den 1970er Jahren, hervorgegangen.

Mit dem Gesprächskreis Geschichte macht sich das Archiv der sozialen Demokratie die Verbindung und Vermittlung zwischen Wissenschaft, gewerkschaftlicher und interessierter Öffentlichkeit regelmäßig zur Aufgabe. Die Studien von Karl Christian Führer zur Biografie Carl Legiens partizipieren an der Renaissance der Gewerkschaftsgeschichte in den 2000er Jahren, die zunächst vor allem richtungsweisende Biografien von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ebenso wie kollektivbiografische Untersuchungen exponierter Vertreterinnen und Vertreter der Nachkriegssozialdemokratie, etwa von Remigranten, vorgelegt hat. Als Beispiele seien die viel beachteten Biografien Ulrich Borsdorfs und Karl Lauschkes über Hans Böckler, die Otto-Brenner-Biografie Jens Beckers und Stefan Müllers Heinz-Dürrbeck-Biografie genannt. Die Gewerkschaftsgeschichte besitzt aber nicht nur in der biografischen Forschung solide Standbeine, sondern, wie zum Beispiel der oben angesprochene Sammelband „Nach dem Strukturbruch“ nahelegt, auch in den neueren Ansätzen der Kulturgeschichte, der Wirtschaftsgeschichte und selbstverständlich der Sozialgeschichte.

Karl Christian Führer hat in der Biografie „Carl Legien 1861–1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein ‚möglichst gutes Leben‘ für alle Arbeiter“ die gesamte Lebensspanne Legiens trotz einer nicht immer günstigen Quellenlage sozialgeschichtlich kontextualisierend rekonstruiert. Auch über die im frühen 20. Jahrhundert für einen Gewerkschaftsfunktionär noch ungewöhnliche Überseereise in die Vereinigten Staaten von Amerika Legiens hat er einen Aufsatz vorgelegt, der die Schwierigkeiten betont, die einem Transfer gewerkschaftlicher Erfahrungen aus Amerika entgegenstanden. Im frühen 20. Jahrhundert konnte man eben

noch nicht von Verwestlichung, Amerikanisierung oder Westernisierung sprechen, wie dies die jüngere Zeitgeschichte auch für die Geschichte der Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg getan hat. Nichtsdestotrotz illustriert diese Fallstudie den weiten Horizont des auch international in führender Rolle in Erscheinung getretenen Gewerkschafters Carl Legien.

Dr. Johannes Platz

Referent für Gewerkschaftsgeschichte und Geschichte der Arbeitsbeziehungen
Archiv der sozialen Demokratie

Einführungsrede anlässlich des 150. Geburtstages von Carl Legien

Als die seinerzeitige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen 2011 auf der Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung zu aktuellen rentenpolitischen Fragen, zur Notwendigkeit von Anpassungen an veränderte Situationen gesprochen hat, thematisierte sie auch die Gründung der deutschen Sozialversicherungen. Jedoch erwähnte sie nicht die Not der Arbeiter in der aufkommenden Industrialisierung und den politischen Druck, der auf der jungen – verbotenen – Arbeiterbewegung lastete. Die Ministerin sprach über Otto von Bismarck, natürlich.

Ich stelle das an den Anfang, weil es zu der heutigen Veranstaltung passt. Geschichte, und erst recht die Geschichte der modernen Gesellschaft, ist *unsere* Geschichte – die müssen wir lebendig erhalten, pflegen, daraus lernen, auch Stolz und Selbstbewusstsein daraus ziehen.

Deshalb freue ich mich sehr, als Gewerkschafter und als Sozialdemokrat, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung hier ein Stück aktiver wird, und heute Carl Legien, einen der bedeutendsten Führer der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung, würdigt. Legien hat seine Arbeit in den Jahren begonnen, als das sogenannte Sozialistengesetz noch galt, und er musste sie beenden, als die Weimarer Republik knapp zwei Jahre alt war. Im Jahr 1890 wurde er Vorsitzender der „Generalkommission der Gewerkschaften“, die der eigentliche Vor-Vorläufer des DGB ist. Dann stand er bis zu seinem Tod Ende 1920 an der Spitze der deutschen Gewerkschaften.

Und er stand an der Spitze der *Internationalen* Gewerkschaftsbewegung. Das ist ein Punkt, den Michael Sommer besonders stark unterstrichen hat, als wir Carl Legien am 1. Dezember 2011, anlässlich seines 150. Geburtstags auf dem Friedhof der Sozialisten in Friedrichsfelde geehrt haben. Carl Legien nahm 1889 am Gründungskongress der II. Internationale teil. Ab 1903 wurde auf seine Initiative hin die Internationale Zentralstelle der Gewerkschaften gebildet, deren erster Sekretär er wurde. Als es 1913 kurz vor dem Ersten Weltkrieg zur Gründung des

Internationalen Gewerkschaftsbundes kommt, fungierte Carl Legien als dessen erster Präsident.

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs besuchte er die USA, hielt Legien sogar eine Rede vor dem Kongress in Washington und betonte, „dass die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftliche Arbeiterschaft Deutschlands den Frieden unter den Nationen will und durch den Frieden die Fortentwicklung der Kultur bis zur höchsten erreichbaren Stufe“. – Wir wissen, dass es dann anders gekommen ist.

Sich mit Carl Legien auseinanderzusetzen, ist spannend, weil an seiner Figur strittige Debatten um Radikalität, um Aktionismus, um Kompromisse sehr gut nachvollzogen werden können. Das gilt für die Auseinandersetzung um einen möglichen Generalstreik gegen den Krieg: Legien hielt einen Generalstreik für wenig erfolgsträchtig und er betrachtete ihn als ein Mittel, das an der Sache vorbei gehe. Das gilt auch für die Auseinandersetzung um den politischen Streik allgemein, den er entschieden ablehnte – um diesen dann, als es wirklich ernst wurde, 1920 gegen den Kapp-Putsch, erfolgreich einzusetzen.

Carl Legien steht für die gemeinsame Geschichte von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Nicht nur, weil er 26 Jahre lang für die SPD im Reichstag saß. Und natürlich steht er für zentrale Errungenschaften der Gewerkschaften, die unter dem Druck der Revolution 1918 im Abkommen mit dem Kapital durchgesetzt wurden: die Einführung des Achtstundentages bei vollem Lohnausgleich und der frühe Versuch von Mitbestimmung in der Zentralarbeitsgemeinschaft, wie das neue Gremium genannt wurde.

Ich freue mich außerordentlich auf die folgenden Ausführungen von Professor Karl Christian Führer, der uns weitaus detaillierter und kenntnisreicher das Wirken dieses Gewerkschafters und Sozialdemokraten darstellen wird, dessen Ziel ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter war.

Christian Hofsbach

Stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg

Karl Christian Führer

Carl Legien (1861–1920)

Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer es verdient hat, erinnert zu werden

Der Name Carl Legien ist heute kaum noch bekannt. Zwar gibt es in zahlreichen deutschen Großstädten Straßen, die nach ihm benannt sind; in Berlin schmücken sich sowohl eine Schule und auch eine in den 1920er Jahren entstandene Siedlung mit seinem Namen. Worin aber liegt seine historische Bedeutung, die zu diesen öffentlichen Ehrungen geführt hat? Historisch besonders Gebildete mögen sich bei dieser Frage vielleicht an das Stinnes-Legien-Abkommen erinnern, das Arbeitgeber und Gewerkschaften im November 1918 unterzeichneten. Diese Vereinbarung führte in Deutschland den Achtstundentag ein und brachte den Gewerkschaften die Anerkennung, gleichberechtigte Verhandlungspartner der Unternehmer zu sein. Carl Legien hat dieses Abkommen als Vertreter der stärksten Gewerkschaftsbewegung im damaligen Deutschen Reich unterzeichnet; der Name Hugo Stinnes steht für die Gegenseite, die Unternehmer, die mehrheitlich bis dahin die Gewerkschaften scharf bekämpft hatten.¹

Nun ist das Stinnes-Legien-Abkommen ohne Frage historisch sehr bedeutsam. Es brachte mit dem Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich nicht nur einen erheblichen sozialen Fortschritt für alle Lohnabhängigen; es bot auch eine Basis für das System der Tarifverträge und der Tarifpartnerschaft, das die deutsche Gesellschaft auch heute noch stark prägt. Wenn sich die Erinnerung an Carl Legien vor allem auf dieses Abkommen bezieht, so ist das also durchaus berechtigt. Allerdings ergeben sich daraus doch auch Fragen: Wieso stand Carl Legien in der Wahrnehmung der Zeitgenossen so eindeutig für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, dass sie den Vertrag vom 15. November 1918 nach ihm benannten, obwohl er keineswegs der einzige Gewerkschafter war, der daran

1 Die Abhandlung beruht auf *Karl Christian Führer*, Carl Legien 1861–1920. Ein Gewerkschafter im Kampf für ein besseres Leben, Essen 2009.

mitgewirkt hatte? Hat Legien noch anderes geleistet, was in der Geschichte der deutschen Gesellschaft bedeutsam war?

Im Folgenden wird versucht, diese Fragen knapp zu beantworten. Dabei werden drei Gründe skizziert, die es in meiner Sicht rechtfertigen, Carl Legien für einen wichtigen Mann zu halten, der es verdient hat, erinnert zu werden. Das Stinnes-Legien-Abkommen – so wird sich dabei zeigen – ist in Legiens Lebensleistung zwar ein wichtiger Punkt, aber doch nur das Ergebnis einer harten und konsequenten politischen Arbeit für die Gewerkschaften, die lange vorher begonnen hatte. Der 1861 geborene Legien fuhr mit dieser Vereinbarung gewissermaßen nur die Ernte ein, die es ohne ihn in dieser Form wohl nicht gegeben hätte.

Der erste Grund: Carl Legien hat den Gewerkschaften in Deutschland eine unüberhörbare Stimme gegeben

Carl Legiens Engagement in der deutschen Gewerkschaftsbewegung begann in den späten 1880er Jahren. Gewerkschaftsarbeit litt damals nicht nur unter dem Sozialistengesetz, das ja noch bis 1890 galt und alle Organisationen von Arbeitern unter ein restriktives Sonderrecht stellte. Sie litt auch unter einer starken Zersplitterung, die keineswegs nur dadurch entstand, dass sozialdemokratische, christliche und liberale Gewerkschaften um Mitglieder konkurrierten. Selbst innerhalb der drei politisch miteinander verfeindeten Gewerkschaftsrichtungen herrschte Uneinigkeit. Die sozialistischen Gewerkschaften waren seinerzeit von wenig Koordination und vielen inneren Streitigkeiten geprägt. Als das Sozialistengesetz mit seinen gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen 1890 fiel, nahm dieses Durcheinander noch weiter zu. Gewerkschaften entstanden für bestimmte Berufsgruppen – und dabei nahmen es die Arbeiter sehr genau. Nur ein Beispiel soll das illustrieren: Im Baugewerbe existierten seinerzeit jeweils separate Gewerkschaften für Maurer, Zimmerleute, Maler, Steinmetze, Stuckateure, Bautischler, Tapezierer, Gipser, Erdarbeiter und Baggerführer. Zersplitterung ist da wohl das richtige Wort.

Auf der anderen Seite – bei den Arbeitgebern – sah es vollständig anders aus. Arbeitgeberverbände sind in Deutschland meist erst als organisatorische Ant-

wort auf Gewerkschaftsgründungen entstanden. Dabei strebten die Unternehmer aber von vornherein nach großen Zusammenschlüssen für ganze Branchen, größere Regionen oder auch gleich für ganz Deutschland. Mit dem „Centralverband Deutscher Industrieller“ und dem „Bund der Industriellen“ gab es im Kaiserreich gleich zwei finanzstarke und mächtige zentrale Unternehmerverbände, während auf Gewerkschaftsseite das oben beschriebene bunte Durcheinander herrschte. Damit entstand bei Arbeitsstreitigkeiten und stärker noch bei Streiks ein massives Ungleichgewicht zwischen Unternehmern und Arbeiterverbänden: Für Unternehmer war eine kollektive Interessenorganisation und koordiniertes Handeln kein Problem; auf Gewerkschaftsseite regierte das Neben- und Gegen-einander vieler einzelner Verbände. Weiter gesteigert wurde diese Desorganisation durch die politischen Differenzen zwischen Gewerkschaften, die eng mit der Sozialdemokratie verbunden waren, und religiös oder auch liberal geprägten Arbeiterverbänden. Auch in der politischen Diskussion, für die schon damals die Medien (sprich: die Presse) entscheidend wichtig waren, konnten sich die Arbeitgeber dank ihrer straff und professionell geführten Organisationen weit aus eindringlicher Gehör verschaffen als die Gewerkschaften, die keine gemeinsame Stimme besaßen.

Es fiel der Arbeiterbewegung schwer, dieses Ungleichgewicht aus der Welt zu schaffen. In Gewerkschaften organisierten sich seinerzeit typischerweise Facharbeiter, die eine drei- oder sogar fünfjährige Lehrzeit absolviert hatten. Für sie war der Beruf sehr viel mehr als ein „Job“: Die Arbeit definierte den Mann, die „Berufsehre“ wurde sehr ernst genommen. Das bedeutete auch eine bewusste Abgrenzung gegenüber anderen Berufsgruppen – sogar wenn es sich dabei um Arbeiter im gleichen Betrieb, auf der gleichen Arbeitsstelle handelte. Auf den Baustellen etwa war es daher üblich, dass die Arbeiter sich in den Pausen je nach Berufsgruppe separierten: Die Maurer aßen und sprachen mit den Maurern; die Zimmerleute mit den Zimmerleuten usw. Wenn es gut lief, gab es zwischen den Gruppen nur Frotzeleien und Spott; böser Streit aber war keineswegs selten. Für eine gemeinsame Gewerkschaft waren das sehr schlechte Voraussetzungen.

Dennoch brauchten die Arbeiterverbände dringend mehr Zusammenarbeit, mehr Koordination, mehr Geschlossenheit, wenn sie wirkungsvoll für die Interessen der abhängig Beschäftigten eintreten wollten – und hier kam Carl Legien



Abbildung 1: Porträt Carl Legien als Vorsitzender des ADGB 1920

ins Spiel. Vom November 1890 bis zu seinem Tod im Dezember 1920 war Legien Vorsitzender der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Das klingt nun nicht besonders spannend oder sogar abschreckend bürokratisch. Dennoch war diese Einrichtung für die Geschichte der deutschen Gewerkschaften überragend wichtig, weil sie die so dringend nötige Koordination und Zusammenarbeit schuf – und Carl Legien hat die Generalkommission sozusagen erfunden, das heißt er hat sie zu dem wichtigen Akteur und der unüberhörbaren Stimme der Gewerkschaften gemacht, zu der sie nach 1890 rasch wurde. Das ist seine zentrale historische Leistung.

Bei ihrer Gründung auf einem allgemeinen Gewerkschaftskongress im November 1890 in Berlin war keineswegs abzusehen, dass die Generalkommission so wichtig werden würde. Zentralisation, Koordination – für viele Delegierten waren das Reizworte. Sie fürchteten um die Eigenständigkeit der eigenen Organisation; Vorschriften einer zentralen Institution sollte es nicht geben. Die Generalkommission war deshalb nur ein Experiment, ein Provisorium, das auf zwei Jahre hin eingerichtet wurde. Dann sollte ein weiterer Kongress entscheiden, ob die Kommission eine Zukunft hatte. Ihr Auftrag war bescheiden: Werbungsarbeit für den Gewerkschaftsgedanken sollte sie treiben und allgemein helfen, Unternehmerangriffe auf Arbeiterrechte und Löhne abzuwehren. Wie das praktisch aussehen sollte, blieb offen.

Carl Legien wurde zum Vorsitzenden der Kommission gewählt und damit hauptverantwortlich für dieses bescheiden angelegte Experiment. Er war damals noch keine dreißig Jahre alt und erst seit zwei Jahren Vorsitzender der sehr kleinen Gewerkschaft der Drechsler – ein Mann also ohne starke Hausmacht, ohne eine der bedeutenden Gewerkschaften im Hintergrund. In ganz Deutschland zählte der Drechslerverband 1890 rund 3.000 Mitglieder. Das entsprach ziemlich exakt einem Prozent der Arbeiter, die sich einem der sozialistisch orientierten Berufsverbände angeschlossen hatten. Kopf- und finanzstark waren hingegen vor allem die Gewerkschaft der Metallarbeiter, der Tischler- und auch der Buchdruckerverband. Wenn der Kongress 1890 dennoch keinen Vertreter dieser Organisationen an die Spitze der Generalkommission wählte, so geschah dies aus Angst vor einer zu starken Machtkonzentration: Die eifersüchtig bewachte

und verteidigte Eigenständigkeit der vielen kleinen Gewerkschaften sollte keinen Schaden nehmen.

Carl Legien war also ein klassischer Kompromisskandidat. Er wurde gewählt, weil er sich auf dem Kongress und auch innerhalb ‚seiner‘ Gewerkschaft zwar als wortgewandt bewiesen hatte, zugleich aber doch ein eher unbeschriebenes Blatt war. Gerade dieser Außenseiter ging jedoch nach seiner Wahl planvoll und äußerst tatkräftig daran, die Generalkommission zu einer echten zentralen Einrichtung der deutschen Gewerkschaftsbewegung auszubauen – das heißt er schuf genau die Einrichtung, die den Delegierten 1890 mehrheitlich nicht geheimer gewesen war.

Wichtige Elemente dieser Arbeit, die von Rückschlägen nicht frei blieb und gerade in den ersten Jahren nach 1890 intensive bis bösartige Kritik auf sich zog, waren etwa die Gründung einer Zeitschrift (das „Correspondenzblatt“), die als Bindeglied zwischen den einzelnen sozialistisch orientierten Gewerkschaften wirkte, und einer verlässlichen Mitglieder- und Streikstatistik, die half, Arbeitskämpfe gezielt zu planen und zu koordinieren. Zugleich warb Legien auf Gewerkschaftskongressen und auf ausgedehnten Agitationsreisen unermüdlich für den Gedanken der gewerkschaftlichen Zentralisation, für den Zusammenschluss verschiedener Berufsgewerkschaften zu einer größeren und schlagkräftigeren Organisation. Erfolgreich propagierte er auch die Gründung örtlicher „Gewerkschaftskartelle“, die den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organisationen förderten. Ein „Kartell“ schloss in Großstädten sämtliche lokalen Gewerkschaftsorganisationen zu einer lockeren Gemeinschaft zusammen, die gemeinsame Anliegen wie etwa Fragen der Agitation, Boykottaktionen gegen bestimmte Arbeitgeber, gegenseitige Unterstützung bei besonders langwierigen Streiks oder auch die Unterbringung zugereister Arbeiter in einer gemeinschaftlich betriebenen „Zentralherberge“ besprachen und durch Mehrheitsbeschluss entschieden.

In der Regel war die Arbeit der Kartelle unspektakulär. Mit ihnen entstand aber eine neuartige Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeiterverbänden unterhalb der ‚abgehobenen‘ Ebene des allgemeinen Gewerkschaftskongresses. Die gegen Ende der 1890er Jahre rasch zunehmende programmatische Übereinstim-

mung innerhalb der sozialistischen Gewerkschaften verdankte sich auch dieser engeren Tuchfühlung in den lokalen Kartellen. Ihre Gründung war vor allem das Resultat der „immerwährenden Anregungen seitens der Generalkommission“².

Die entscheidende Bewährungsprobe der Generalkommission als Repräsentanz der gesamten sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung kam jedoch in den Jahren 1897/99, als die Reichsregierung ein Gesetz vorbereitete, das Streiks und Gewerkschaftsarbeit allgemein behindern sollte. Im Kampf gegen dieses Gesetz entpuppte sich die Kommission nicht nur vollends als ein eigenständiger politischer Akteur; sie gewann dank ihrer Aktionen gegen die „Zuchthausvorlage“ endlich auch die unangefochtene Stellung in der Gewerkschaftsbewegung, die einige der angeschlossenen Verbände ihr immer noch hartnäckig verweigert hatten.

Offiziell trug der Gesetzentwurf selbstverständlich einen anderen Namen. Die Regierung erklärte, es gehe um den „Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ bei Streiks; de facto aber versuchte sie nichts anderes, als Arbeitsausstände weitgehend unmöglich zu machen. Streikposten, die vor einem Betrieb standen, wurden beispielsweise mit mindestens drei Monaten Gefängnis bedroht; die „Rädelsführer“ von Arbeitskämpfen, die „eine Gefahr für das Eigentum“ darstellten, sollten sogar bis zu fünf Jahre im Zuchthaus büßen. Dieser drakonische Plan verdankte sich stark dem Einfluss von Kaiser Wilhelm II., der sich immer wieder als konservativer Konfliktpolitiker in die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches einmischte. Seit dem Juni 1897 hatte er mehrfach bei öffentlichen Auftritten Maßnahmen gegen die Behinderung von „Arbeitswilligen“ durch gewerkschaftliche Aktionen angekündigt.

In der realistischen Erwartung, das widerstrebende Kabinett unter Reichskanzler Arthur von Posadowsky werde dem Druck des Kaisers früher oder später nachgeben, entwickelte die Generalkommission seit 1897 einen Plan, sowohl die Arbeiterschaft als auch die allgemeine Öffentlichkeit umfassend gegen eine solche legal verbrämte Attacke auf das Koalitions- und Streikrecht zu mobilisieren. Als der eben zitierte Gesetzentwurf schließlich im Frühjahr 1899 tatsächlich in

2 Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Vom 1. März 1892 bis zum 31. Dezember 1894, Hamburg o.J., S. 29.

den Reichstag eingebracht wurde, zeigte sich die sozialistische Arbeiterbewegung dank dieser Vorarbeiten bestens präpariert.

Innerhalb von kurzer Zeit gelang es der Generalkommission, 3,5 Millionen inhaltlich genau aufeinander abgestimmte Flugblätter zu produzieren, die über ein ausgeklügeltes Netz von „Vororten“ und „Verbindungsadressen“ in allen größeren Gemeinden Deutschlands verteilt wurden. Zudem organisierten die Gewerkschaftskartelle, die einzelnen Arbeiterverbände und die Ortsvereine der SPD eine Welle von öffentlichen Protestversammlungen, die zeitlich mit den drei Lesungen des Gesetzentwurfes im Reichstag koordiniert wurde. In Hamburg etwa fanden Anfang Juni 1899 in allen Stadtteilen mit proletarischer Bevölkerung an einem einzigen Wochenende 17 verschiedene „Volksversammlungen“ statt; im September folgten in der Hansestadt wiederum an nur zwei Tagen 25 Protestveranstaltungen. Im ganzen Reich zählte die Generalkommission allein am 7. September des Jahres 529 solcher Versammlungen.

In der Geschichte der politischen Öffentlichkeit des Kaiserreichs kann die Gewerkschaftskampagne gegen die „Zuchthausvorlage“ als ein Meilenstein gelten: Sie gehört zu den Aktionen, die eine wichtige politische Frage zur allgemeinen öffentlichen Angelegenheit machten und damit entscheidend zu der Entstehung eines neuartigen politischen „Massenmarktes“ beitrugen. Politik, traditionellerweise eine Angelegenheit der wohl situierten bürgerlichen Honoratioren sowie der Journalisten, die Leitartikel in der Tagespresse schreiben durften, trat aus dieser engen Sphäre heraus und avancierte zum Gesprächsthema für Jedermann. Dabei prägte die Generalkommission die Debatte: Ihre Wortschöpfung von der „Zuchthausvorlage“ (oder auch dem „Zuchthausgesetz“) erwies sich als sehr wirkungsvoll. Die „Meinungsführerschaft“ und Agenda Setting sowie der Kampf darum, das sind moderne Begriffe und Konzepte. Sie bezeichnen aber genau das, was die Generalkommission seinerzeit tat: Auch die meisten bürgerlichen Zeitungen sprachen nach einiger Zeit stets von der „Zuchthausvorlage“ der Reichsregierung. Teilweise geschah das zwar nur, weil es sich um eine so eingängige Formulierung handelte – die in dem Begriff enthaltene politische Botschaft aber wirkte gerade deshalb.

Zwar bemühten sich die Reichsregierung und auch die organisierten Unternehmer durchaus nach Kräften, Kontra zu geben. Der einflussreiche Arbeitgeberverband Hamburg-Altona beispielsweise verabschiedete im September 1899 den flammenden Appell, ohne eine Verabschiedung des geplanten Gesetzes drohe „ein Schwinden des Unternehmergeistes“ und damit der „Niedergang des gewerblichen Lebens in Deutschland“.³ Auf Drängen der Regierung sammelte schließlich der Zentralverband deutscher Industrieller Geld für gezielte Gegenpropaganda. Die Generalkommission konnte jedoch befriedigt konstatieren, dass ihre eigenen Aufwendungen die der Arbeitgeber um das Zweieinhalbfache übertrafen.

Der politische Streit endete im November 1899 mit einer massiven Niederlage für die Konfrontationspolitik der Regierung und des Kaisers: Im Reichstag fand die „Zuchthausvorlage“ lediglich die Zustimmung der konservativen Abgeordneten. Alle anderen bürgerlichen Parteien aber stimmten gemeinsam mit der SPD gegen den Versuch, das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter auszuhebeln. Der Gesetzentwurf fand im Parlament somit ein klägliches Ende.

Die deutsche Sozialdemokratie wäre wohl allerdings nicht sie selbst gewesen, wenn nicht dieser doppelte Erfolg der Generalkommission doch noch seine internen Kritiker gefunden hätte. Anfang Dezember 1899, kurz nach dem Scheitern des geplanten Gesetzes im Reichstag, artikulierte die Bremer SPD auf einer Wahlkreiskonferenz deutlichen Unmut über die Gewerkschaftskampagne. Verschiedene Delegierte erklärten, eine „derartige politische Aktion“ hätte nicht in die Hände der Generalkommission, sondern in die der Partei gehört. Der lokale Parteivorsitzende Friedrich Ebert teilte diese Ansicht. Das ausgefeilte Agitationschema der Generalkommission war in seiner Sicht nur „eine Schablone für ganz Deutschland“, die dazu verleitet habe, anzunehmen, „daß nun Alles am Schnürchen gehen wird“. Er vertrat – wider besseres Wissen, könnte man hier hinzufügen – immer noch die Ansicht, die Kommission sei „nicht im Stande, eine bis in die entlegensten Orte des Landes hineinreichende, wuchtige Agitation zu führen“.⁴

3 Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, in: Kölnische Zeitung, 23.9.1899.

4 Bremen, in: Hamburger Echo, 8.12.1899.

Die Generalkommission empfahl den Bremer Genossen kühl, vor der eigenen Tür zu kehren. Mängel der Agitation an der Weser (die es wegen fehlender Abstimmung zwischen dem lokalen Gewerkschaftskartell und der Parteiorganisation offensichtlich gegeben hatte) gingen auf das Konto der Bremer Funktionäre. In der von Hamburg aus gesteuerten Kampagne, die 3.252 Orte in ganz Deutschland erfasste, habe es keine „Mißstände“ gegeben, – und im Übrigen sei die Generalkommission nicht der SPD, sondern nur dem Gewerkschaftskongress für ihre Entscheidungen und Handlungen Rechenschaft schuldig.⁵

In der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung erntete die Generalkommission für die Agitation gegen die „Zuchthausvorlage“ jedenfalls endlich die ihr gebührende Anerkennung. Bereits mit dem allgemeinen Gewerkschaftskongress, der im Mai 1899 tagte, begann für das Gremium eine „Zeit des Ausbaus“. Die Delegierten beschlossen, das „Correspondenzblatt“ wesentlich zu erweitern und stellten Geld bereit, um einen fest besoldeten Redakteur zu beschäftigen.

Die Alltagsarbeit der Generalkommission hatte Carl Legien bislang nämlich fast ganz allein bewältigt: Bis 1896 war er persönlich der ganze ‚Apparat‘ der Institution, d. h. er erledigte (selbstverständlich per Hand) die gesamte Korrespondenz der Kommission mit allen angeschlossenen Gewerkschaften, lokalen Arbeitervereinen, Gewerkschaftskartellen, sozialdemokratischen Tageszeitungen und den zahlreichen Gewerkschaftszeitschriften. Er trat zudem immer wieder als Redner auf Gewerkschafts- und Parteiversammlungen auf; er unternahm mehrere ausgedehnte „Agitationsreisen“; er trug die Statistiken mit den Mitgliederzahlen aller sozialistischen Arbeiterverbände und aller Arbeitskämpfe zusammen; er saß seit 1893 auch noch als Abgeordneter im Berliner Reichstag; er schrieb nahezu alle Artikel, die im „Correspondenzblatt“ erschienen; er überwachte dessen Druck – und frankierte zu allem Überflus auch noch jede einzelne per Post versandte Ausgabe des gewerkschaftlichen Zentralorgans, denn einen bürokratischen Apparat, der ihn unterstütze, gab es ja nicht (erst im Mai 1896 kam ein zweiter Angestellter hinzu, der vor allem für die aufwändigen statistischen Arbeiten zuständig wurde). Von einem Achtstundentag – den die Ge-

5 Ebd.

werkschaften für die Arbeiterschaft als soziale Selbstverständlichkeit verlangten – konnte der Gewerkschaftsführer Legien mithin nur träumen.

Zudem wurde er für seinen enormen Einsatz nur mager entlohnt. Bis 1896 betrug Legiens Jahresgehalt als Vorsitzender der Generalkommission 1.920 Mark (160 Mark im Monat). Für die Leitung einer Institution, hinter der mehrere Hunderttausend gewerkschaftlich organisierte Arbeiter standen, war das kein üppiges Salär – schließlich hatte der nur rund 3.000 Köpfe zählende Drechsler-Verband seinem Vorsitzenden um 1890 bereits 1.400 Mark pro Jahr gezahlt. Abseits der Welt der Gewerkschaften verdienten Führungskräfte zudem ganz andere Summen – und dort, wo eine Abwanderung begabter Kräfte zu bürgerlichen Betrieben drohte, dort passte sich auch die Sozialdemokratie an dieses Gehaltsniveau an. So erhielt beispielsweise der zweite Redakteur des „Vorwärts“ (das heißt der Mann hinter dem Chefredakteur) im Jahr 1893 ein Gehalt von 4.200 Mark – der Chefredakteur dürfte also noch deutlich mehr verdient haben.

Seit dem Juli 1894 konnte der unterbezahlte Legien tageweise zwar wenigstens dann auf eine Hilfskraft zurückgreifen, wenn das „Correspondenzblatt“ verschickt werden musste. Wirkliche Entlastung aber erfuhr er – wie gesagt – erst nach dem Gewerkschaftskongress vom Mai 1896, der die Besoldung eines zweiten Angestellten bewilligte, sowie im Januar 1900, als der neue hauptamtliche Redakteur des Correspondenzblatts sein Amt antrat.

Es ist noch ein anderes Beispiel für die modernen Formen der politischen Werbung, mit denen die Generalkommission unter der Führung von Carl Legien zunehmend arbeitete, zu nennen: 1904 zeigte die Kommission in Berlin eine große Fotoausstellung über das Leben und die Tätigkeit von „Heimatarbeiterinnen“, also von Frauen, die zuhause in ihrer Küche oder Wohnstube Akkordarbeit außerhalb der Fabrik leisteten: Unternehmer lieferten ihnen halbfertige Waren; die Frauen setzten, fügten oder nähten die Ware zusammen – neben ihrer normalen Hausfrauenarbeit, gegen Akkordbezahlung. Gerade in der Reichshauptstadt gab es zehntausende solcher Heimarbeiterinnen, vor allem in der Textilbranche: Miserabel bezahlt, ohne jeden Arbeitsschutz, ohne geregelte Arbeitszeiten, gehörten sie zu den am schlechtesten gestellten Gruppen der deutschen Arbeiterschaft. Die Ausstellung zeigte diese Arbeit in Fotos; sie dokumentierte ohne

große Erläuterungen zu brauchen, bedrückende soziale Not, miserable Wohnverhältnisse und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen. Bewusst ging die Generalkommission damit an einen zentralen Ort des bürgerlichen Berlins: Sie zeigte die Ausstellung in gemieteten Räumen Unter den Linden – und machte damit großen Eindruck beim Publikum (das in Scharen kam), bei den Medien und damit auch in Kreisen, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung denkbar fern standen.

Nur ein Beispiel – aber eines, das besonders eindringlich den Wert der Generalkommission für die Gewerkschaftsbewegung zeigt: Sie hatte die Möglichkeiten, auch für Arbeiter/innen einzutreten, die selbst nicht gewerkschaftlich organisiert waren und damit keine eigene Stimme hatten. In diesem Sinne war die Generalkommission unter Leitung von Carl Legien die zentrale Repräsentation der sozialdemokratischen Gewerkschaften, ihre unüberhörbare Stimme, die an vorderster Stelle im öffentlichen Meinungskampf aktiv war und die sich zunehmend auch neben der SPD als eigenständige Macht behauptete.

Diese Selbstständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der politischen Partei war alles andere als selbstverständlich. Es gehört zu Legiens historischen Leistungen, dass er an vorderster Front für eben diese Emanzipation gestritten hat. Um 1890 und auch noch lange danach galten die Gewerkschaften den meisten Sozialdemokraten nämlich eher als ein Anhängsel der Partei. Legien gehörte zwar selbstverständlich als „Genosse“ zu den Sozialisten; gleichzeitig aber war er doch vor allem Gewerkschafter. Eine Unterordnung der Arbeiterverbände unter die Partei lehnte er strikt ab. Diese Haltung führte zu heftigem Streit und scharfen persönlichen Angriffen auf den Leiter der Generalkommission.

1893 wurde der persönlich anwesende Carl Legien auf dem Parteitag der SPD in Köln zum Objekt rhetorischer Attacken (ein Anwesender benutzte das Wort „Abschlachtung“), an denen schwächere Personen wohl zerbrochen wären. Legien, so stand es im Protokoll der Parteiversammlung, zeige „absolute Urteilsunfähigkeit“, er denke „seine Gedanken nicht zu Ende“, es fehle ihm „an dem genügenden Takt und Chic“ (so Ignaz Auer, der Parteisekretär), er beweise so gravierende „Unkenntniß“, das der Parteivorsitzende August Bebel nicht mehr wusste, „was ich sagen soll“. Nach dieser abfälligen Bemerkung wusste Bebel

dann allerdings doch noch recht vieles über Legien zu sagen, etwa dass dessen Arbeit als Vorsitzender der Generalkommission unweigerlich zur „Versumpfung“ oder auch zur „Verwässerung“ der Sozialdemokratie führe. Andere Redner empfahlen den Gewerkschaften sich möglichst rasch nach einem neuen Führer umzusehen; sie sprachen von Legiens „Größenwahnsinn“ oder beschuldigten ihn der Untätigkeit und Ineffizienz.⁶

Im Kern ging es in diesem Streit um Legiens Anspruch, die Gewerkschaften seien politisch eigenständig. In seiner Sicht wirkten Partei und Gewerkschaften „nebeneinander, aber nicht miteinander“. Diesen Gedanken formulierte er schon im November 1892 auf einer Hamburger Drechsler-Versammlung. Weil die SPD und die Gewerkschaften mit unterschiedlichen Mitteln und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Foren für das gleiche Ziel – die Besserstellung der Arbeiter – kämpften, durften und mussten sich die Arbeiterverbände deutlich von der Partei unterscheiden: „Redner hält es durchaus nicht für nothwendig, daß die Gewerkschaftsorganisationen eine bestimmte politische Richtung haben. [...] Die Gewerkschaftsorganisationen mit politischer Tendenz, das erkläre er ganz ausdrücklich, seien unter den heutigen Verhältnissen nicht nur überflüssig, sondern im Hinblick auf die politische Partei sogar schädlich.“⁷

Nur indirekt, so hat Legien es später in einem Aufsatz in den *Sozialistischen Monatsheften* erläutert, habe gewerkschaftliche Arbeit eine politische Tendenz: „Wo ernstlich die Ziele der Gewerkschaften erstrebt werden und um ihre Erreichung gekämpft wird, da tritt der Classenkampf in Erscheinung, da bedarf es einer besonderen Erziehung für denselben durch Propaganda für die auf dem Boden des Classenkampfes stehende Partei nicht.“⁸

Die führenden Männer der SPD witterten hinter solchen Formulierungen jedoch lange nur den Wunsch, „die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen“.⁹ Wilhelm Liebknecht warnte deshalb 1893 auf dem Kölner Parteitag

6 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln am Rhein vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 193, 200f., 205 und 209.

7 In einer öffentlichen Versammlung, in: Vorwärts, 24.11.1892.

8 Carl Legien, Neutralisierung der Gewerkschaften, in: Sozialistische Monatshefte 4, 1900, S. 369–376, hier: S. 374.

9 Ignaz Auer, in: Protokoll SPD-Parteitag 1893, S. 186.

vor der „Unfruchtbarkeit der einseitigen Gewerkschaftsbewegung“. Arbeiterverbände müssten sich ihrer begrenzten Bedeutung bewusst sein und das Primat der politischen Bewegung anerkennen: „Wir alle sind für die Gewerkschaften, aber dagegen, daß man in ihnen das Hauptziel erblickt, daß man glaubt, durch sie allein könne die Macht des Kapitals gebrochen werden. Das Kapital kann nicht auf seinem eigenen Boden vernichtet werden. Man muß ihm den Boden unter den Füßen wegziehen, und ihm die politische Macht aus den Händen reißen. Und das ist nur möglich durch politischen Kampf.“¹⁰

August Bebel sekundierte mit dem Argument, die staatliche Sozialversicherungen als Mittel zur Pazifizierung der Arbeiter einerseits und die zunehmende Bildung von mächtigen Großkonzernen wie Krupp andererseits dränge die Gewerkschaften immer stärker in die Defensive: „dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem anderen abgeschnitten.“¹¹

Wie Legien missvergnügt konstatierte, betrachteten viele Sozialdemokraten die Gewerkschaften ganz im Sinne Bebels nach dem Fall des Sozialistengesetzes als „ein bedeutungsloses Nebending [...], das [es] nicht werth ist, ihm ihre Kraft zu weihen“, während die Gewerkschaftsverbände in seiner Sicht doch das beste Mittel waren, „die Arbeitermassen fortgesetzt in der Bewegung zu halten und sie zu opferfreudigen, ausharrenden Kämpfern zu erziehen.“¹²

Dieser Dissens trug auch Züge eines Generationskonfliktes. Ignaz Auer (Geburtsjahr 1846) wies selbst darauf hin, als er den Kölner Delegierten halb im Scherz, halb ernsthaft erklärte, „daß Legien zu den Nachgeborenen gehört, daß er zu spät auf die Welt gekommen ist“.¹³ Die leitenden Männer der SPD in den 1890er Jahren waren hingegen alle schon vor dem Erlass des Sozialistengesetzes zur Partei gestoßen; sie hatten erlebt, wie die Bewegung die staatliche Verfolgung über Jahre hin vor allem durch die Arbeit der sozialdemokratischen Reichstags-

10 Ebd., S. 193.

11 Ebd., S. 191.

12 Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1891, in: Correspondenzblatt 2, 1892, S. 65–67, hier: S. 67.

13 Protokoll SPD-Parteitag 1893, S. 191.

abgeordneten und durch die Wahlkampfgitation überlebte. Diese Prägung, Partei und Fraktion im Zentrum der Sozialdemokratie zu sehen, stellte Legien in Frage, wenn er Gewerkschaften und Partei selbstständig „nebeneinander“ wirken sah. Er schien damit die wesentlichen Lehren aus der heroischen Kampfzeit zu ignorieren, in der die „Generation Bebel“ ihren Ruhm errungen hatte. Das oben bereits zitierte Wort von Legiens „Größenwahnsinn“ auf dem Kölner Parteitag bezog sich denn auch auf die ihm unterstellte Idee, die Generalkommission könne „mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht“ verhandeln.¹⁴

Der sehr unterschiedliche Erfolg von Partei und Gewerkschaften in den frühen 1890er Jahren schien den Führungsanspruch der Partei zusätzlich zu legitimieren: Bei der Reichstagswahl im Sommer 1893 legte die SPD einmal mehr erheblich an Stimmen zu; die Gewerkschaften aber kämpften seit Beginn des Jahrzehnts wegen der wirtschaftlichen Wachstumsstörungen mit sinkenden Mitgliederzahlen. Gerade wegen dieser Misserfolge der Arbeitervereinigungen warb Legien als Redner in Köln für einen Antrag, der alle Sozialdemokraten verpflichten sollte, auch Gewerkschaftsmitglied zu sein. Die Delegierten aber verweigerten diese Förderung der daniederliegenden Arbeiterverbände und verabschiedeten stattdessen nur eine vage Sympathieerklärung für die Gewerkschaften. Politisch war das ausgesprochen sinnlos, denn was hätte die gefürchtete Selbstständigkeit der Gewerkschaften wirkungsvoller eingeschränkt als eine enge personelle Verflechtung der beiden Bewegungen? Die Logik aber hatte in der hitzigen Atmosphäre des Kölner Parteitages kaum Chancen – hier ging es um Abgrenzung und um politische Rechthaberei, nicht um Kooperation.

Die Konsequenz, mit der diese Strategie umgesetzt wurde, erklärt sich auch daraus, dass Carl Legien die führenden Männer der SPD in den frühen 1890er Jahren nicht nur durch seine unorthodoxen Vorstellungen zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaften erzürnte. Der Vorsitzende der Generalkommission personifizierte vielmehr auch noch in anderer Hinsicht einen neuen Politikstil: Er fand nichts dabei, persönlich mit Vertretern der „Bourgeoisie“ zu diskutieren, während die Partei ansonsten einen strikten Kurs der ‚splendid isolation‘ verfolgte. Seine Gesprächsbereitschaft gegenüber dem ‚Feind‘ machte Legien voll-

¹⁴ Ebd., S. 195.

ends zum internen Buhmann der Sozialdemokratie. Konkret ging es in dieser Auseinandersetzung um Legiens Auftritt auf einem Kongress über „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie- und Handelsstädten“, der im Oktober 1893 in Frankfurt am Main stattfand. Als Veranstalter firmierte eine anerkannte bürgerlich-akademische Institution, das Freie Deutsche Hochstift, und der Kongress sollte Wissenschaftler und Politiker im Interesse „fortschreitender Entwicklung des staatlichen und socialen Lebens“ zu „vorurtheilslosen Erörterungen“ zusammenführen.

Legien nahm an den Frankfurter Verhandlungen teil und sprach dabei über die sozialen Gefahren der Arbeitslosigkeit sowie über die Forderungen der Gewerkschaften an kommunale Arbeitsnachweise. Keine große Sache, so sollte man denken, zumal der Kongress ohne Beschlüsse wieder auseinander ging, weil er von vornherein als reine Diskussionsveranstaltung geplant war, und zumal Legien eine lupenrein sozialdemokratische Rede gehalten hatte – und dennoch erklärt sich seine öffentliche „Abschlachtung“ auf dem Kölner SPD-Parteitag (der nur zwei Wochen nach dem Frankfurter Treffen begann) gerade auch durch diesen Auftritt am Main. In der politischen Öffentlichkeit des Kaiserreichs bedeutete die Veranstaltung des Hochstiftes insofern ein völliges Novum, als hier erklärte politische Gegner teilnahmen: Sprecher der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen saßen neben Vertretern von Fabrikantenvereinen und Handelskammern, Universitäten und Polizeibehörden, ja selbst neben den „politisch konservativsten Elementen“.¹⁵

Die Entscheidung Legiens, die Einladung nach Frankfurt anzunehmen, rührte an das politische Selbstverständnis der SPD: Auf staatliche Verfolgung und die rhetorische Feindschaft der Arbeitgeber wie auch der bürgerlichen Parteien reagierten die Sozialdemokraten mit dem Rückzug in die Selbstisolation. Folgerichtig konnte ein Genosse, der die sozialistische Wagenburg verließ, nur eine moralisch fragwürdige Person sein. Schon kurz nach dem Frankfurter Kongress wusste August Bebel, dass Legien am Main „Kompromiss-Wassersuppen“ gekocht habe. Gegenüber Friedrich Engels kündigte der Parteivorsitzende an, es

15 Der soziale Kongreß des Freien Deutschen Hochstiftes in Frankfurt am Main, in: Correspondenzblatt 3, 1893, S. 91-93, hier: S. 91.

werde „an einer tüchtigen Kopfwäsche“ für den Vorsitzenden der Generalkommission „nicht fehlen“.¹⁶

Auf dem Kölner Parteitag machte Bebel diese interne Ankündigung unter der Assistenz von Ignaz Auer dann wahr. Legien musste sich anhören, er fühle sich „in der Gesellschaft von hochgestellten Herren, Professoren und Doktoren“ besonders wohl; sein Besuch in Frankfurt sei in Wahrheit ein „Canossagang“ gewesen, der als überflüssig, wenn nicht sogar als politisch gefährlich gelten müsse: „Wenn man es für ein Bedürfnis hält, mit Herren aus den Reihen unserer wüthendsten politischen Gegner sich dort ein paar Tage lang in voller Freundschaft über gleichgiltige Dinge zu unterhalten, so ist das sozialdemokratische Wadelstrümpfelei. [...] Was wir denen zu sagen haben, sagen wir ihnen im Reichstage!“¹⁷

Ob Bebel seiner Sache mit diesen Ausfällen einen Gefallen tat, darf bezweifelt werden – schließlich hatte Legien in Frankfurt über das Problem der Arbeitslosigkeit gesprochen. Dieses Thema als ‚gleichgültig‘ zu bezeichnen, war für einen Sozialdemokraten denn doch ein starkes Stück. Auf einer Sitzung des Hamburger Gewerkschaftskartells kurz nach dem Parteitag nahmen denn auch „fast sämtliche Redner [...] entschieden Stellung“ gegen Bebels Tirade vom „Canossagang“ des Vorsitzenden der Generalkommission. Auch der Hamburger SPD-Verein, der Legien als Delegierten auf den Parteitag geschickt hatte, erklärte nach langer und sehr stürmischer Debatte in einer Resolution, man halte den Ton der Kölner Kritik an Legien für „eine Beleidigung und unter aller Würde“.

Dennoch ließ sich Bebel 1894 auf dem Parteitag in Frankfurt am Main erneut zu einer persönlichen Beschimpfung Legiens hinreißen: Wütend titulierte er den Vorsitzenden der Generalkommission als „Mephisto“.¹⁸ Sicher hatte das auch mit dem überschäumenden Temperament des Redners Bebel zu tun, der in der Öffentlichkeit oft impulsiv reagierte. Im Kern aber zeigt die böse Titulierung, wie irritiert die SPD-Führung auf Legiens Vorstellung reagierte, die Gewerkschaftsbewegung sei eine politisch gleichberechtigte Kraft neben der Partei. Die

16 August Bebel an Friedrich Engels, 10.10.1893, abgedruckt in: *Werner Blumenberg* (Hrsg.), *August Bebel, Briefwechsel mit Friedrich Engels*, Gravenhage 1965, S. 710–713, hier: S. 711.

17 Protokoll SPD-Parteitag 1893, S. S. 195 u. S. 202.

18 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt am Main vom 21. bis zum 27. Oktober 1894, Berlin 1894, S. 74.

bürgerliche Presse sprach nach dem Frankfurter Parteitag denn auch von einem „Gegensatz zwischen Legenianern und Bebelianern“ in der Sozialdemokratie – und sie freute sich über diesen Bruderkwitz: „Weit mehr schalten die Delegierten auf einander als auf die heutige Gesellschaft.“¹⁹

Carl Legien hielt politischen Druck jedoch souverän aus; persönliche Angriffe glitten an ihm ab. Nach dem Parteitag von 1893 erklärte er im „Correspondenzblatt“, der Kölner Streit sei „eine der traurigen Folgen des Sozialistengesetzes“: Wie zur Zeit der staatlichen Verfolgung erhebe die Parteiführung den Anspruch, sie allein artikuliere die „Gesamtmeinung der Partei“. Widerspruch sei unerwünscht, weil er angeblich die politischen Feinde der Sozialdemokratie stärke. Legien sah das ganz anders: Nur wer auch innerhalb der Partei für seine Ansichten eintrete, sei fähig, „dem Gegner die Zähne zu zeigen“. Eindringlich forderte Legien mehr „Selbstständigkeit und Selbstbewußtsein unter den Arbeitern“ auch gegenüber der Parteiführung.²⁰ Im Sommer 1894 wiederholte Legien diesen Appell auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung aller Hamburger SPD-Vereine und verband das auch noch mit einem direkten Angriff auf „die Berliner Paradeferde“ der Sozialdemokratie: „Es könne in der Partei nicht maßgebend sein, daß diejenigen, welche eine hohe Stellung einnehmen, weiter dirigieren und die anderen nur zu gehorchen haben.“²¹ Anhängern der Parteiführung galt Legien spätestens seit diesen Bemerkungen vollends als jemand, „der das Bestreben habe, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Bewegung die politische zu sprengen“.²²

Als Machtfrage wurde der Streit zwischen Legien und dem SPD-Parteivorstand vor allem durch Verschiebungen im organisatorischen Machtgefüge der Sozialdemokratie entschieden. Der Aufschwung der Gewerkschaften in den Jahren der Hochkonjunktur nach 1895/96 und die zunehmend gesicherte Stellung der Generalkommission als Zentralinstanz der sozialistischen Arbeiterverbände bewogen die Parteiführung ihre Position zu revidieren. Die einzelnen Etappen, in

19 Berlin, 1. November, in: Hamburger Anzeiger, 3.11.1894.

20 [Carl Legien], Die Gewerkschaftsdebatte auf dem Kölner Parteitag, in: Correspondenzblatt 3, 1891, S. 99- 101, hier: S. 99 . Der Artikel ist zwar nicht namentlich gezeichnet, stammt aber höchstwahrscheinlich von Legien.

21 Auszug aus dem Polizeiprotokoll der gemeinsamen Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs, 6. 7./7. 7. 1894, Staatsarchiv Hamburg, 331-3/S 1678.

22 Parteistreitigkeiten in Braunschweig, in: Vorwärts, 29. 11. 1894.

denen sich dieser Prozess des Umdenkens vollzog, können hier nicht beleuchtet werden. Wie in fast allen ihren internen Debatten brauchte die Sozialdemokratie auch bei diesem Thema enorm viele Worte und sehr viel Papier, bis eine Klärung gelang. Im Mai 1899 bekräftigte Carl Legien auf dem dritten Gewerkschaftskongress in Frankfurt noch einmal ganz offiziell die von ihm verfochtene parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften: Die der Generalkommission angeschlossenen Arbeiterverbände seien „nicht sozialdemokratisch“, weil sie „alle Arbeiter gleichviel welchen Glaubens und welcher politischen Anschauung in ihre Reihen aufnehmen“. Im gleichen Atemzug verabschiedete er auch die Vorstellung, man müsse ‚dem Kapital‘ die Macht gewaltsam aus den Händen reißen, um den Sozialismus zu schaffen: „Gerade wir, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wünschen nicht, daß es zu dem sogenannten Kladderadatsch kommt und daß wir genöthigt sind, auf den Trümmern der Gesellschaft Einrichtungen zu schaffen, gleichviel ob sie besser oder schlechter sind, wie die jetzigen. Wir wünschen den Zustand der ruhigen Entwicklung.“²³

Im Frühjahr 1900 fand zumindest das erste dieser beiden Statements ausdrücklich die Zustimmung des wichtigsten Vertreters der SPD. August Bebel hielt im März und Mai des Jahres zwei Vorträge in Berlin, in denen er die Größe zeigte, sich selbst zu kritisieren: Er habe die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf für die Emanzipation der Arbeiter bislang falsch beurteilt. Anders als 1893/94 sprach nun auch Bebel von einer Kooperation zwischen Partei und Gewerkschaften: „Politische und gewerkschaftliche Bewegung müssen einander ergänzen, mit einander Hand in Hand arbeiten an der zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendigen Aufklärung der Massen.“ Diese Ergänzung gelinge am besten, wenn die Gewerkschaften „unpolitisch“ seien: „Der Zusammenschluß der Arbeiter [in den Gewerkschaften – K.C.F.] muß erfolgen ohne Rücksicht auf deren Konfession, Nationalität oder politische Gesinnung.“ Zumindest indirekt bestätigte Bebel damit auch das Recht Legiens, als Vorsitzender der Generalkommission im Namen der Gewerkschaften jede konkrete Planung der politischen Revolution für obsolet zu erklären.²⁴

23 Protokoll der Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt am Main-Bockenheim vom 8. bis 13. Mai 1899, Hamburg o.J., S. 103.

24 Weißensee, in: Vorwärts Nr. 55, 7.3.1900 (Zitate); Eine Wandlung Bebels, in: Berliner Tageblatt Nr. 270, 30.5.1900.

Diese Auffassungen wurde nach der Jahrhundertwende in der Sozialdemokratie rasch zur ‚herrschenden Lehre‘: Partei und Gewerkschaften waren aufeinander angewiesen, wobei die Arbeiterverbände als politisch neutrale Massenorganisationen die Agitation der als politische Eliteorganisation konzipierten Partei ergänzten. August Bebel legte im Jahr 1900 eine Broschüre vor, die seine neue Sicht der Dinge bestätigte; 1902 formulierte auch Karl Kautsky, der wichtigste Theoretiker der Parteimehrheit, es ganz in diesem Sinne.

Im gleichen Jahr erklärte Carl Legien nach dem vierten allgemeinen Gewerkschaftskongress, die von ihm und der Generalkommission geführten Arbeiterverbände seien „eine Macht [...], mit der in Gegenwart und Zukunft gerechnet werden muß“ – und mit diesen Worten zielte er erkennbar nicht nur auf die Unternehmer und den Staat, sondern auch auf die SPD-Führung.²⁵

In einer politisch so disparaten und zerstrittenen Bewegung wie der deutschen Sozialdemokratie des Kaiserreichs war dauerhafte Einigkeit allerdings schwer zu erreichen. 1905/06 stand das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, zwischen politischem Kampf und gewerkschaftlicher Arbeit, erneut ganz oben auf der Agenda der sozialistischen Bewegung. Den Anstoß zu dieser Auseinandersetzung lieferten politische Ereignisse im Ausland. Die Revolution in Russland, die das absolutistische Regime des Zaren einschränkte, sowie Massenstreiks in Belgien und Schweden beflügelten die Parteilinke und beeindruckten auch viele moderate Sozialdemokraten: Wenn die Arbeiterschaft ihre ‚Machtmittel‘ aktiv für politische Ziele einsetzte, so schien es, dann gab es eine Alternative zu der Strategie der „ruhigen Entwicklung“, die von der deutschen Sozialdemokratie in der Praxis fast schon wie selbstverständlich favorisiert wurde.

Carl Legien war, wie sich fast denken lässt, kein Freund der Idee, Streiks als Motor der politischen Revolution zu propagieren. Solche Parolen gefährdeten in seiner Sicht alle bisher errungenen organisatorischen Erfolge der Gewerkschaften, weil sie den Arbeitern indirekt die Botschaft vermittelten, die „Kleinarbeit“ für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sei überflüssig: „Warum die Opfer bringen, wenn es möglich ist, durch Aufrüttlung zu einer einmaligen ein-

25 Vom vierten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, in: Correspondenzblatt 12, 1902, S. 449-452, hier: S. 449.

heitlichen Aktion das ganze Elend zu beseitigen? Die Propaganda für den Generalstreik ist das schlechteste Mittel, einmal den Generalstreik zu ermöglichen.“ Zu der „ruhigen Fortarbeit in der üblichen Weise“ gab es in seiner Sicht keine Alternative.²⁶

Zur Abwehr reaktionärer Angriffe etwa auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht oder auf die Koalitionsfreiheit aber konnte Legien sich durchaus einen politisch motivierten Massenstreik vorstellen. Er hielt es nur für unklug, solche Eventualitäten öffentlich zu diskutieren oder die Sozialdemokratie sogar in einer ‚Wenn – Dann‘-Dramaturgie bei bestimmten politischen Angriffen vorab zwingend auf bestimmte Reaktionen festzulegen.

Für diese Überzeugung zog Legien auch persönlich zu Felde. Nach 1894 hatte er nur noch sporadisch (1897, 1901 und 1903) an den jährlichen Parteitag der SPD teilgenommen und selbst bei diesen wenigen Gelegenheiten keine markanten Reden gehalten. Sowohl 1905 als auch 1906 aber gehörte er mit seinen Warnungen vor politischem Wunsdenken und sozialdemokratischer Selbstüberschätzung zu den wichtigsten Diskussionsteilnehmern der Parteitage in Jena und in Mannheim. Ein politisch motivierter, wirkungsvoller Massenstreik war nach Legien in Deutschland schon aus pragmatischen Gründen gar nicht zu organisieren: „Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahner, fehlen uns in der Organisation.“²⁷

Am Ende langer, verwickelter Auseinandersetzungen, zu denen auch geheime Verhandlungen zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand gehörten, stand auf dem Parteitag von 1906 das „Mannheimer Abkommen“. De facto handelte es sich dabei um eine mit großer Mehrheit angenommene Resolution, die den Gewerkschaften bescheinigte, sie stünden „an Wichtigkeit hinter

26 *Carl Legien*, Ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Entwicklung, in: Die Neue Zeit 23, 1904/05, Bd. 1, S. 36-45, hier: S. 44 f.

27 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 sowie Bericht über die 4. Frauenkonferenz am 22. und 23. September 1906 in Mannheim, Berlin 1906, S. 248. Die Mehrheit der Eisenbahner gehörte im Kaiserreich zu den Beamten, die kein Streikrecht besaßen und denen die Mitgliedschaft in sozialdemokratischen Organisationen verboten war. Auch die übrigen Bahnbeschäftigten besaßen kein Koalitionsrecht und unterlagen strenger politischer Überwachung.

der sozialdemokratischen Partei nicht zurück“. Beide Organisationen sollten stets die „Verständigung“ suchen, um „ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen“.²⁸ Mit diesem „Friedensvertrag“ verpflichtete sich die SPD, in wichtigen Fragen, die beide Seiten betrafen, mit der Generalkommission gleichberechtigt zu beraten.²⁹

Für Carl Legien, der sich mit Sicherheit noch gut an die Beschimpfungen erinnerte, die 1893 und 1894 auf ihn niedergegangen waren, stellte die Annahme dieser Resolution mit nur sechs Gegenstimmen sicher auch einen persönlichen Triumph dar: Frühere Thesen vom quasi ‚natürlichen‘ Primat der Partei über die Gewerkschaften wurden damit offiziell dementiert.

Da 1906 hinter der Generalkommission bereits 1,7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder standen, während die SPD nur 384.000 Mitglieder zählte, bewies der Parteitag mit der Annahme der Resolution vor allem Wirklichkeitssinn. Die Delegierten bestätigten, was politische Realität geworden war: Die Generalkommission unter der Führung von Carl Legien war innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung ein zweites und gleichberechtigtes Machtzentrum neben dem Parteivorstand.

Der zweite Grund: Carl Legien hat sich als Gewerkschafter und Politiker für ein menschenfreundliches Ziel aufgerieben

Als Politiker zu arbeiten, war und ist wohl im Alltag mit wenigen Freuden, aber mit viel Stress verbunden. Endlose Sitzungen, beständiger Termindruck, kein echter Feierabend, interne Auseinandersetzungen, unerquickliche Konfrontationen mit politischen Gegnern, die ständige Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Zwang unablässig rasch auf neue Entwicklungen zu reagieren – das alles lässt sich ja berechtigt als Tretmühle sehen, die jeden müde und mürbe machen muss, der darin steckt. Warum tun Menschen sich das an, wo es doch so viele Jobs gibt, die mit deutlich weniger Mühe verbunden sind? Vor einiger Zeit hat

28 Zit. nach: *Michael Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 418.

29 *Erich Matthias*, Das Mannheimer Abkommen von 1906, in: *ders.* (Hrsg.), Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik. Zum 75. Jahrestag des Mannheimer Abkommens, Düsseldorf 1982, S. 66-80, hier: S. 80.

sich eine bundesdeutsche Journalistin aufgemacht, um auf diese Frage für unsere gegenwärtige Gesellschaft eine Antwort zu finden. Dabei ist sie auf ein Vakuum gestoßen: Unsere Leistungsträger in Politik und Wirtschaft erwiesen sich als nicht auskunftsfähig. Ideale fehlten; im Zentrum der ganzen hektischen Betriebsamkeit herrscht offensichtlich eine große Leere.³⁰

Carl Legien dürfen wir uns mit Sicherheit als dauergestressten Berufspolitiker vorstellen. Er arbeitete 70 Stunden und mehr pro Woche; Erholungsphasen gab es nicht; er absolvierte viele öffentliche Auftritte (nach dem Stand der Technik alle ohne Mikrofon); er war oft auf Reisen, sowohl in Deutschland als auch zunehmend im Ausland – und hatte doch wohl wenig davon. 1914 vermerkte er selbstironisch, er kenne nun mittlerweile immerhin die Bahnhöfe in fast allen europäischen Metropolen. Auf die Frage „Warum tun Sie sich das an?“ hätte Legien jedoch mit Sicherheit eine Antwort parat gehabt. Politische Ideale, die heute scheinbar ausgestorben sind, die hatte er, obwohl er alles andere als ein politischer Denker oder gar Theoretiker war.

Natürlich engagierte er sich – wie alle Sozialdemokraten damals – für den Sozialismus, für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, aber dieses Fernziel war als Antrieb für ihn weniger wichtig als etwas anderes. Die wenigen Texte, die so etwas wie ein persönliches politisches Credo von Carl Legien erkennen lassen, kreisen um etwas anders: um die tristen Lebensperspektiven, die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Gesellschaft des Kaiserreichs hatten, um ihre reduzierte Lebensführung und Lebensfreude – und auch um die „verdammte Bescheidenheit“, die Genügsamkeit, mit der sich so viele Proletarier in ihr Schicksal fügten. Dem stellte Legien eine Gesellschaft entgegen, in der auch der Arbeiter „vollen Anspruch auf das Leben“ erheben könne: Gewerkschafter hatten in seiner Sicht „die Pflicht, darauf zu achten, daß der Arbeiter nicht degradirt, sondern so gestellt würde, daß auch er sich des Lebens erfreuen könne“.³¹ Gewerkschaftsarbeit war für Carl Legien dabei immer auch Erziehungsarbeit: Die Gewerkschaften hatten für ihn die Aufgabe, Männer (und auch Frauen) heranzubilden, „welche die Bedürfnislosigkeit hassen“ und eben

30 *Julia Friedrichs*, Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von Morgen, Hamburg 2008.

31 Eine öffentliche Versammlung der Drechsler, in: *Hamburger Echo*, 12.1.1893.

die Ansprüche an das Leben stellten, die ihnen als Menschen in einer wohlhabenden Gesellschaft zustanden.³²

Ein Flugblatt der Generalkommission mit dem Titel „Warum sind Streiks notwendig“, das 1897 in Millionenaufgabe in ganz Deutschland verbreitet wurde und höchst wahrscheinlich von Legien formuliert wurde, zitierte bezeichnenderweise nicht Marx oder Engels, um die Leser von der Notwendigkeit von Arbeitskämpfen zu überzeugen. Als Kronzeuge trat stattdessen Heinrich Heine auf: „Es wächst hienieden Brot genug/Für alle Menschenkinder/Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust/Und Zuckererbsen nicht minder“ – ganz im Sinne von Legiens Maxime, gewerkschaftliche Arbeit habe die Aufgabe, die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten und Lebenschancen von sozial benachteiligten Menschen zu verbessern.³³

Wenn Legien von Degradierung und Perspektivlosigkeit im Leben der einfachen Arbeiter sprach, wusste er genau, was damit gemeint war. Seine Lehrzeit als Drechsler dürfen wir uns hart und entbehrungsreich vorstellen. Sie dauerte ohne Bezahlung, nur gegen Kost und Logis, fünf Jahre (statt der üblichen drei), weil Legien im Alter von knapp zwölf Jahren durch den Tod seines Vaters zum Waisenkind wurde. Die Mutter war schon Jahre zuvor gestorben. Da niemand das übliche Lehrgeld für das Waisenkind zahlte, durfte der Lehrherr den jungen Carl fünf Jahre lang ganz nach seinem Gutdünken im Betrieb sowie auch in Haus und Hof herumkommandieren. Der Meister hatte sogar das Recht, den Lehrling körperlich zu züchtigen.

Gleichzeitig war das Drechseln ein Beruf mit ausgesprochen trüben Aussichten. Zwar handelte es sich um ein anspruchsvolles Handwerk, das viel Geschicklichkeit und breite Materialkenntnisse erforderte. Die Produktpalette der Drechsler war nahezu unüberschaubar: Neben Tisch- und Stuhlbeinen, Treppengeländern und Kleinmöbeln wie Blumenständern oder Etageren entstanden auf ihren Drehbänken unter anderem auch Schirm- und Stockgriffe, Aschenbecher, Pfeifen, Schachfiguren oder Knöpfe. Das verzierungswütige späte 19. Jahrhundert

32 Öffentliche Versammlung, in: Hamburger Echo, 2.9.1891.

33 Warum sind Streiks notwendig. Flugschriften der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 3, o.D. Staatsarchiv Hamburg, HH 331-3/S 2260-1 UA. Das Zitat stammt aus Heines „Wintermärchen“.

bot den Drechslern viele Aufgaben; im Kern aber handelte es sich doch um ein „Nebenhandwerk“, um „die dienende Magd anderer Gewerbe“: Die Arbeiten an Bauten und Möbeln, die das Hauptgeschäft ausmachten, wurden typischerweise „an einen Tischler vergeben, der die daran gewünschten oder notwendigen Drechslerarbeiten weitergibt, und der Drechsler war immer der letzte, der zu seinem Gelde kam“.³⁴

Wohlstand erwarben die wenigsten Drechslermeister – es sei denn, sie wandelten sich vom selber an der Maschine arbeitenden Handwerker zum delegierenden Unternehmer und begannen mit der industrieähnlichen Produktion von Schirmen, Stöcken oder Knöpfen. Vor allem die Holzdrechserei aber eignete sich wegen ihrer Abhängigkeit von Aufträgen des Baugewerbes nicht für den Großbetrieb. In einer Branche, die schon die Arbeitgeber nur dürftig ernährte, konnten auch die abhängig Beschäftigten nur wenig gewinnen. Auf eine selbstständige Existenz als Meister hoffte kaum einer der Drechslergesellen, „denn dieselben kennen zu genau die in den meisten Fällen höchst traurige Lage der Kleinmeister unserer Branche“.³⁵

De facto waren die ausgebildeten Drechsler deshalb nicht selbstständige Gewerbetreibende in spe, sondern normale Lohnarbeiter – und besonders schlecht bezahlte dazu. Ein zeitgenössisches Lexikon konstatierte kurz und knapp: „Die Lebenshaltung der Arbeiter im Drechslergewerbe muß als eine äußerst ungünstige bezeichnet werden.“³⁶ Die Konkurrenz der Tischler, die einfache Drechslerarbeiten oft selbst ausführten, hielt das Lohnniveau niedrig; Arbeitslosigkeit kam häufig vor, weil das Gewerbe von der stark schwankenden Auftragslage im Baugewerbe abhing.

Zudem war die Arbeit als Drechsler massiv gesundheitsgefährdend. In den 1870er Jahren, in denen Carl Legien seine Lehre begann, wurde die Drehbank (ähnlich wie eine mechanische Nähmaschine) in der Regel noch mit dem Fuß

34 Beilage, in: Fachzeitung für Drechsler und Berufsgenossen 1, 1887, Nr. 1.

35 So Legiens Feststellung in einem Vortrag 1890. Eine öffentliche Drechslerversammlung, in: Hamburger Echo, 16. 8. 1890.

36 Artikel „Drechseln“, in: Emanuel Wurm (Hrsg.), Volks-Lexikon. Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik. Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern, 4 Bde., Nürnberg 1894–1897, Bd. 2, S. 301–303, hier: S. 302.

angetrieben. Bei einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden und mehr an sechs Wochentagen führte diese einseitige Belastung häufig zu Entzündungen im Knie und über die Jahre sogar zu „Difformitäten“ des Beins. Zudem entstand beim Drechseln enorm viel Staub – und den atmete der Arbeiter direkt ein, denn Schutzmasken waren unbekannt und Absaugvorrichtungen existierten nur in den wenigsten Betrieben. Da die verwendeten Hölzer in der Regel chemisch behandelt waren, drohten gerade dem Holzdrechsler Haut- und Lungenkrankheiten. Der feine Staub legte sich in Nase, Luftröhre und Lunge auf die Schleimhäute und konnte nicht mehr abgehustet werden. Chronische Entzündungen, eine zerfressene Nasenscheidewand, irreparable Schädigungen der Lunge und im schlimmsten Fall sogar die Tuberkulose waren die Folge.

Als Drechsler wurde man deshalb in der Regel nicht alt. Beschäftigte unter 30 waren die Regel, weil „die Mehrzahl der Arbeiter in den dreißiger Jahren bereits hingerackert ist“: Die Zahl der tödlichen Tbc-Erkrankungen lag erschreckend hoch; wer noch einigermaßen gesund war, der trat nach Möglichkeit „zu einer der anderen Branchen über, weil die Arbeit dort leichter und der Verdienst meistens noch etwas höher ist“.³⁷ Die Einführung maschinenbetriebener Drehbänke, die in den 1880er Jahren (in denen Carl Legien seinen Beruf bei verschiedenen Meistern in Berlin, Frankfurt am Main, Köln und Hamburg ausübte) große Fortschritte machte, erleichterte zwar die Arbeit. Das Problem der Staubbelastung aber blieb bestehen. Zudem war der neue „Kraftbetrieb“ mit Dampf, Strom oder auch Wasser häufig mit einer Akkordentlohnung verbunden, die pro Stück so niedrig angesetzt war, „dass die Anstrengung nachher noch größer ist als vorher, als die Drehbank noch mit dem Fuß betrieben wurde“.³⁸

Der Lebensweg Legiens schien also auf trübe Weise präzise vorherbestimmt zu sein, als er mit 14 Jahren zum Drechslerlehrling wurde (und als unbemitteltes Waisenkind wird er wohl kaum die Möglichkeit gehabt haben, bei dieser Entscheidung mitzureden). Durch harte Anstrengungen und mit großer Disziplin hat der heranwachsende Legien jedoch schon während seiner Lehrzeit die

37 *Theodor Leipart*, Zur Lage der deutschen Drechslerarbeiter. Ein Beitrag zur deutschen Arbeiterstatistik. Nach statistischen Erhebungen aus dem Jahre 1892. Im Auftrage des Zentralvorstandes der Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands zusammengestellt u. bearbeitet, Hamburg 1893, S. 7.

38 Ebd., S. 29.

Grundlage dafür gelegt, dass sich ihm später Alternativen eröffneten: Er besuchte vier Jahre lang regelmäßig und mit großem Eifer eine „Fortbildungsschule“, die angehenden Handwerksgelesen die Möglichkeit bot, dreimal wöchentlich Unterricht in Deutsch, Rechnen, Schreiben, Geschichte, Geografie und Zeichnen zu nehmen. Die Stunden lagen außerhalb der üblichen Arbeitszeiten entweder am Abend (jeweils am Montag und Mittwoch) sowie am Sonntagvormittag. Dieses kostenfreie Angebot war halb bürgerliche Wohlfahrtspflege, halb eine eigennützige Investition der Arbeitgeber in (modern gesprochen) „human resources“: Angehende Handwerker sollten eine breitere Allgemeinbildung erhalten; junge Männer wurden von ‚der Straße‘ und ihren Gefahren ferngehalten. Bezahlt wurde das Ganze von den örtlichen Handwerksmeistern und von der Stadt.

Zu bewundern ist die Disziplin des alleinstehenden Jungen, der sich nicht nur am Sonntag, seinem einzigen halbwegs arbeitsfreien Tag, sondern auch noch an zwei Werktagen – und das hieß in der Regel: nach zehnstündiger Arbeit – für jeweils zwei Stunden auf die Schulbank setzte und dabei doch wach blieb. Legien glänzte auf der „Fortbildungsschule“ mit exzellenten Leistungen. Am 30. Mai 1880 bescheinigten die drei Volksschullehrer, die sich mit dem Unterricht für die Lehrlinge ein Zubrot verdienten, dem mittlerweile 19 Jahre alten Legien, er habe ihre Kurse seit dem 3. Oktober 1875 „mit seltener Gewissenhaftigkeit und darum auch mit bestem Erfolg besucht; seine Führung war musterhaft“.³⁹

Der Lehrling Legien investierte aber nicht nur viel Zeit und Mühe in seine geistige Fortbildung; er sorgte daneben auch für sein körperliches Wohlergehen. Auf seiner Gesellenwanderung (die im April 1881) begann, ist Legien in allen Städten, in denen er Station machte, jeweils sofort in den örtlichen Turnverein eingetreten. Es ist unwahrscheinlich, dass er erst auf der Wanderung, die sich gerade bei der Dauer ihrer einzelnen Etappen kaum verlässlich planen ließ, zum Turner wurde, denn die „Leibesübung“ an Geräten wie dem Reck oder dem Barren, die der Turner beherrschen musste, lernte sich nicht von heute auf morgen. Zudem war das Turnen eine straff organisierte Angelegenheit mit allerlei (aus heutiger Sicht) seltsamen Ritualen, die das Verhältnis zwischen dem „Vorturner“ und seiner „Riege“ bestimmten. Im Turnverein konnte deshalb nur jemand

39 Zeugnis vom 30.5.1880, Bundesarchiv Berlin, N 2169/138.

aktiv werden, der sich in dieser speziellen Welt gut auskannte. Die körperliche Fitness, die sich der Drechslergeselle Legien selbst auf seiner Wanderung diszipliniert bewahrte, gehört als Element einer aktiven Lebensgestaltung neben den Bildungseifer des jungen Mannes: Als Turner präsentierte er sich noch einmal als jemand, der seine widrigen Lebensumstände nicht klaglos akzeptierte.

Offensichtlich hat sich Legien auch noch in der Zeit seines dreijährigen Militärdienstes und in den Jahren als Drechsler auf eigene Faust intensiv fortgebildet.

Im Sommer 1886, als er in Hamburg zum ersten Mal eine Veranstaltung des dortigen Drechslervereins besuchte, präsentierte er sich jedenfalls so eindrucksvoll als heller Kopf und eloquenter Redner, dass er bei seinen Berufskollegen großen Eindruck machte: „So erzielte er an diesem ersten Abend einen ganz bedeutenden Erfolg, um den wir anderen ihn recht beneideten. Aber alle freuten wir uns doch auch wieder über diesen Gewinn. Denn Legien, der vorher in Berlin und Frankfurt am Main gearbeitet hatte, blieb jetzt bei uns in Hamburg und war fortab regelmäßiger Besucher unserer Versammlungen.“⁴⁰

Damit begann für Carl Legien eine rasante Karriere. Bereits im August 1887 wählte ihn eine Versammlung von Kollegen aus ganz Deutschland zum „Zentralvorsitzenden“ einer neu gegründeten reichsweit agierenden Drechslergewerkschaft. Zwei Jahre später, im Sommer 1889, würdigte ihn die Hamburger Polizeibehörde, die enorm viel Zeit und Geld für die genaue Beobachtung der Arbeiterbewegung aufwandte, intern mit ungewöhnlich respektvollen Worten: „Derselbe, eifriger Sozialdemokrat, ist ein ruhiger und gutausgebildeter Agitationsredner, besitzt unter den organisierten Drechslern Deutschland großes Ansehen und ist eifriger Agitator in der gewerkschaftlichen Bewegung.“

Seit 1889 arbeitete Legien hauptberuflich für die Drechslergewerkschaft; nach 1890 leitete er dann die Generalkommission. Wer beim Blick auf einen bezahlten Funktionär in einer Spitzenposition automatisch das Schimpfwort vom ‚Gewerkschaftsbonzen‘ assoziiert, liegt bei Carl Legien falsch. Als Chef der Drechslergewerkschaft wurde er so schlecht bezahlt, dass er sein Handwerk nebenbei noch in Heimarbeit weiter betreiben musste. Das magere Salär für das Amt in

40 Theodor Leipart, Carl Legien und die Gewerkschaftsbewegung, in: Sozialistische Monatshefte 19, 1915, S. 1153–1158, hier: S. 1153f.



Als Generalsbursche. 1883.



Als Rekrut. 1881.

Abbildung 2: Carl Legien 1881 als Rekrut und 1883 als Generalsbursche

der Generalkommission wurde oben schon erwähnt. Diese Bezahlung stieg 1902 zwar deutlich an. Der soziale Abstand zwischen Gewerkschaftsführer und Basis blieb nach heutigen Kriterien aber dennoch klein: Grob gerechnet, verdiente Carl Legien als der wichtigste Mann der sozialistischen Gewerkschaften in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg etwa zwei- bis zweieinhalbmal so viel wie normal entlohnte Handarbeiter. Dafür verlangte – und bekam – die Bewegung Legiens uneingeschränkten Einsatz rund um die Uhr. Sein Ansehen war groß. Pathetisch, aber doch mit vollem Recht, schrieb eine sozialdemokratische Tageszeitung 1907: „Legien ist keine Person mehr, Legien ist ein Programm, ein Stück Geschichte.“⁴¹

Selbstverständlich war dieser Satz als Lob gedacht. Er enthielt aber auch eine verborgene und bittere Wahrheit: Carl Legien ging ganz in seiner Arbeit für die Gewerkschaften auf. Persönliches Glück oder wenigstens Zufriedenheit scheint er kaum gekannt zu haben. Paradoxerweise müssen wir uns diesen Mann, der dafür kämpfte, dass auch Arbeiter „vollen Anspruch“ an das Leben stellen konnten, als freudlosen und schwierigen Menschen vorstellen. Zeitgenossen, die ihn persönlich kannten, haben Legien durchweg auf ähnliche Weise beschrieben: Der Gewerkschaftsführer war äußerst diszipliniert, tatkräftig, „ernst und verschlossen“; er agierte stets „mit kühler Ruhe“; er wirkte „nüchtern, kalt, berechnend“ oder auch „unnahbar und barsch“.⁴²

Mit Freundlichkeiten sparte er; ja die Menschen in Legiens Umfeld waren wohl besser auf der Hut, denn der Gewerkschaftsvorsitzende führte eine ausgesprochen scharfe Zunge. Selbst politische Weggefährten sprachen irritiert von „Rücksichtslosigkeit“, von „Sarkasmus und Zynismus“ sowie von „rücksichtsloser Grobheit“.⁴³ Theodor Leipart, der zu den wenigen Menschen gehörte, die mit Legien

41 Die Wahlbewegung in der Provinz, in: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung, 16.1.1907.

42 In der Reihenfolge der Zitate: *Theodor Leipart*, Carl Legien. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929, S. 69; *Robert Schmidt*, Dem toten Kameraden!, in: Vorwärts, 27.12. 1920; Legien †, in: Deutscher Eisenbahner 5, 1921, Nr. 1; *Ludwig Heyde*, Carl Legien †, in: Soziale Praxis 29, 1920, Sp. 1556–1558, hier: Sp. 1557.

43 In der Reihenfolge der Zitate: *Wilhelmine Kähler*, Carl Legien zum Gruß, in: Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands 7, 1915, Nr. 11, S. 37–38, hier: S. 38; *Georg Bernhard*, Carl Legien, in: Vossische Zeitung, 27.12.1920; *Emil Unger-Winkelried*, Von Bebel zu Hitler. Vom Zukunftsstaat zum Dritten Reich. Aus dem Leben eines sozialdemokratischen Arbeiters, Berlin 1934, S. 62.

befreundet waren, griff bei dessen Charakterisierung sogar zu dem schwerwiegenden Wort „Menschenverachtung“.⁴⁴

Die Entstehung dieser abweisenden Charakterzüge können wir nicht rekonstruieren, weil wir nur sehr wenig über Legiens offensichtlich unglückliche Kindheit und Jugend wissen. Persönliche Briefe aus dem Jahr 1888, die sich erhalten haben, zeigen uns Legien im Alter von 27 Jahren als zutiefst unglücklichen Menschen, der mit schweren Anfällen von Selbsthass kämpft. Er bezeichnet sich selbst als „Leichnam“ und sieht eine der Ursachen für seine Probleme in der „übermäßigen Arbeit für die Sache“, die seinen Umgang mit anderen Menschen vergifte: „Tag um Tag und Stunde um Stunde nur das Vorwärtsbringen des Vereins im Auge, habe ich es vielleicht verlernt, mich freundlich mit den Leuten, welche ich früher über meine Gedanken stets aufklärte, länger zu unterhalten“.⁴⁵

Diese Selbsterkenntnis hat Legien offensichtlich nicht geholfen. Eher wurde er mit den Jahren immer unleidlicher und abweisender. Legien blieb bis zu seinem Tod unverheiratet. Allerdings lebte er wohl seit Anfang der 1890er Jahre in einer festen Beziehung mit einer verheirateten Frau, mit der Sozialdemokratin und „Agitatorin“ Emma Ihrer. Diese ‚wilde Ehe‘ war selbst nach heutigen Standards höchst unkonventionell, da Legien seit 1903 bei dem Ehepaar Ihrer lebte. 1906 bezogen die drei gemeinsam ein Haus in Berlin-Niederschönhausen. Wenn Carl Legien nach dem Urteil von Theodor Leipart in seinem Leben doch ein „gewisses Glück“ kannte, so galt das wohl für diese Jahre. 1911 starb Emma Ihrer im Alter von kaum 54 Jahren. Für Legien war ihr Tod eine emotionale Katastrophe. Wie Leipart bezeugt, erlitt der Gewerkschaftsführer „einen solchen seelischen und auch körperlichen Zusammenbruch, dass er lange Wochen völlig arbeitsunfähig war“. Der Zwang, eine gegen die moralischen Normen der Zeit gelebte Beziehung vor der Welt verbergen zu müssen, regierte jedoch sogar noch nach Emmas Tod: Legien fehlte bei ihrem Begräbnis, „weil er wußte, daß er weich geworden wäre. Und das wollte er niemandem zeigen.“⁴⁶

Gesundheitlich ging es mit Carl Legien spätestens seit 1911 rasch bergab. Dafür war nicht nur seine beständige Überarbeitung verantwortlich. Legien war schon

44 Leipart, Legien, S. 69.

45 Zit. nach: Führer, Legien, S. 284 und 288.

46 Leipart, Legien, S. 77.



Legien mit Clara Zetkin und Emma Ihrer in London 1896.

Abbildung 3: Gruppenaufnahme mit SPD-MdR Carl Legien und der Leiterin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ Clara Zetkin und der Vorsitzenden des „Gewerkschaftlichen Frauenkomitees“ Emma Ihrer auf dem sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London, 1896

seit seinen jungen Jahren ernsthaft alkoholabhängig. Diese Sucht war nach Leiparts Zeugnis in Deutschland „in den weitesten Kreisen bekannt“, obwohl öffentlich darüber nie gesprochen wurde.⁴⁷ Insgesamt ist es Legien offensichtlich gelungen, seinen zwanghaften Alkoholkonsum so weit zu kontrollieren, dass die Abhängigkeit keine negativen Folgen für seine Auftritte in der Öffentlichkeit hatte. Der Sozialdemokrat Wilhelm Sollmann schrieb 1930 rückblickend, er habe mehrfach erlebt, wie Carl Legien „unter den Wirkungen des Alkohols“ vor Publikum redete: „Seine Ruhe war aber stets imponierend, sein Gedächtnis verblüffend, seine Logik überzeugend.“⁴⁸

⁴⁷ Ebd., S. 79.

⁴⁸ Wilhelm Sollmann, Carl Legien, in: Hamburger Echo, 25. 12. 1930.

Auch ein sozial funktionierender Alkoholiker aber schädigt im Laufe der Zeit mit Sicherheit seine Gesundheit. Da Legien auch noch ein starker Raucher war und bis zu 300 Zigarren im Monat konsumierte, schwächte er seinen Körper noch weiter. Spätestens gegen Ende des Ersten Weltkriegs war er ein schwerkranker Mann. Wahrscheinlich litt er, ohne es zu wissen, schon zu diesem Zeitpunkt unter dem Magengeschwür, an dem er Ende 1920 starb. Ein Foto aus dem Jahr 1919 zeigt den 58-Jährigen stark gealtert und mit maskenhaften Gesichtszügen. Seine Mitarbeiter und Kollegen erschrakten über „katastrophale Zusammenbrüche“; Legien aber war doch „stets zur Stelle, wenn es galt, seinen Mann zu stehen“.⁴⁹

Max Weber hat 1919 in seinem rasch berühmt gewordenen Vortrag „Politik als Beruf“, der auch heute noch als Klassiker der Politologie gilt, zwei Arten unterschieden, „aus der Politik seinen Beruf zu machen. Entweder: man lebt ‚für‘ die Politik, – oder aber: ‚von‘ der Politik.“ „Für die Politik“ lebt nach Weber, wer im innerlichen Sinne daraus sein Leben macht: „er speist sein inneres Gleichgewicht und Selbstgefühl aus dem Bewußtsein, durch Dienst an einer ‚Sache‘ seinem Leben einen Sinn zu verleihen“. Carl Legien ist wohl einer der Politiker, die diese Definition mit ihrer Biografie geradezu musterhaft verifizieren. Damit gehört er auch zu den Personen, in deren Leben sich der scheinbar so klare Gegensatz ‚für die Politik‘ oder ‚von der Politik‘ aufhebt: „In diesem innerlichen Sinne lebt wohl jeder ernste Mensch, der für eine Sache lebt, auch von dieser Sache.“⁵⁰

Der persönlich unglückliche Legien fand in seiner Arbeit für die Gewerkschaftsbewegung ohne Frage das entscheidende stabilisierende Element seines Lebens. Dadurch wird sein politisches Werk keineswegs verkleinert – im Gegenteil, seine Leistung erscheint mir als noch eindrucksvoller, wenn man bedenkt, wie düster es hinter der Fassade des souveränen Manns aussah, als der er sich in der Öffentlichkeit präsentierte. Der Stratege Carl Legien stritt eben für sein menschenfreundliches Ziel nicht nur mit Arbeitgeber, konkurrierenden Gewerkschaftsverbänden, organisationsunwilligen Arbeitern und politischen Gegnern innerhalb der Sozialdemokratie; er kämpfte auch mit depressiven Stimmungen, Suchtproblemen und einer zunehmend zerrütteten Gesundheit.

49 Carl Legien, in: Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 31, 1921, S. 1–4, hier: S. 1.

50 Max Weber, Politik als Beruf [1919], in: *ders.*, Politik und Gesellschaft, Neu Isenburg 2006, S. 565–610, hier: S. 571f.

Der dritte Grund: Carl Legien war zur Verteidigung der deutschen Demokratie auf dem Posten, als es darauf ankam

In der Geschichte der deutschen Demokratie hat der heute weitgehend vergessene Carl Legien im Jahr 1920, kurz vor seinem Tod, eine entscheidend wichtige Rolle gespielt. Während des Kapp-Putsches im März des Jahres, der die Existenz der Weimarer Republik akut bedrohte, konnte er nach dem Urteil eines Zeitgenossen vorübergehend als „der einzige wirkliche Machthaber Deutschlands“ gelten – und diese Macht setzte Legien entschlossen ein, um die demokratischen Freiheiten zu bewahren.⁵¹

Dieser Militärputsch, der Carl Legien in das Zentrum des politischen Geschehens rückte, begann in den frühen Morgenstunden des 13. März 1920: Schwer bewaffnete Soldaten besetzten das Berliner Regierungsviertel rund um die Wilhelmstraße und verschiedene zentrale Plätze der Reichshauptstadt. Reichspräsident Friedrich Ebert, der Kanzler Gustav Bauer und die meisten Minister waren zu diesem Zeitpunkt bereits in Richtung Süden geflohen, weil die in Berlin stationierte Reichswehr sich geweigert hatte, die Regierung vor den heranziehenden revoltierenden Soldaten zu schützen.

Der Putsch verfolgte zwei Ziele ganz unterschiedlicher Bedeutung. Zum einen stritten die Aufständischen schlicht für sich selbst: Sie wollten die Auflösung ihrer Division verhindern, die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags zu erfolgen hatte, um die Reichswehr auf die vorgeschriebene Größe von zunächst 200.000 Mann zu bringen (später sollte es dann sogar nur noch 100.000 deutsche Soldaten geben). Zum anderen aber ging es dem Anführer der Soldaten, dem General Walther von Lüttwitz, darum, die Novemberrevolution und die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung politisch zu revidieren. Das putschende Militär installierte einen neuen Reichskanzler, den hohen preußischen Beamten Wolfgang Kapp, dessen Namen den meisten Deutschen wohl ganz unbekannt war. Politisch aufmerksame Zeitgenossen mögen sich daran erinnert haben, dass Kapp 1917/18 Zweiter Vorsitzender der damals gerade frisch gegründeten rechtsradikalen „Vaterlands-Partei“ gewesen war, die bis zur letzten Minute des Kriegs gegen jede Form eines „Verzichtfriedens“ gewettert hatte. Kapp, der sein hohes

51 Heyde, Legien, Sp. 1557.

„Amt“ am 13. März 1920 um sieben Uhr morgens im Schutz der Maschinengewehre antrat, erklärte die Nationalversammlung und gleich auch noch das preußische Landesparlament für aufgelöst. Anschließend ging er daran, ein „Kabinett“ zu bilden. Über der Reichskanzlei wehte derweil die schwarz-weiß-rote „Reichskriegsflagge“ des Kaiserreichs; vor dem Brandenburger Tor standen Geschütze.

Dieser Spuk war schon am 17. März 1920 wieder vorbei: Ein Generalstreik gegen den Umsturz hatte Deutschland so vollständig gelähmt, dass die neue „Regierung“ handlungsunfähig blieb. Selbst ein Versuch des „Kanzlers“, bei der Berliner Zentrale der Reichsbank einen von ihm unterzeichneten Scheck auf zehn Millionen Mark einlösen zu lassen, war kläglich gescheitert. Der entscheidende Impuls zu diesem größten politischen Streik in der deutschen Geschichte kam vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) (so wurde die frühere Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften mittlerweile bezeichnet). Noch am Vormittag des 13. März appellierte die Leitung des Bunds unter dem Vorsitz von Carl Legien an alle Beschäftigten in Deutschland, aus Protest gegen die Machtergreifung der „militärischen Reaktion“ sofort auf unbefristete Zeit die Arbeit niederzulegen.

Diese Entschlussfreudigkeit der Gewerkschaften kontrastierte scharf mit der zögerlichen Haltung der geflohenen Staatsführung: Zumal Reichspräsident Ebert und der Reichswehrminister Gustav Noske zeigten sich nach dem Putsch über Tage hin „apathisch und handlungsunfähig“.⁵² Legien hatte in großer Hast versucht, den Aufruf der Gewerkschaften als Gemeinschaftsaktion zusammen mit den drei linken Parteien SPD, USPD und KPD zu gestalten. Die USPD aber mochte selbst in einer gravierenden politischen Krise nicht von ihrer Abgrenzung gegenüber der Mehrheits-Sozialdemokratie lassen, die sie 1917 im Streit über den richtigen Weg zum Frieden verlassen hatte (sie formulierte deshalb einen eigenen Streikaufruf und installierte auch eine eigene Streikleitung), während die vollends in ihr radikales Sektierertum verliebte KPD erklärte, das Proletariat werde „keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürrtige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war“.⁵³

52 Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 656.

53 Zit. nach: Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 303.



Abbildung 4: Protestkundgebungen gegen den Kapp-Putsch in Berlin am 13. März 1920

Angesichts dieser politischen Fraktionierung verkörperten nur die Gewerkschaften die so oft rituell beschworene Einheit der Arbeiterklasse – zumal der Streikaufruf später auch noch von den christlichen und den liberalen Gewerkschaftsverbänden unterstützt wurde. Für den Erfolg des Generalstreiks war das rasche Handeln des ADGB deshalb von großer Bedeutung. Der Bundesvorstand agierte mit seinem Appell vom 13. März 1920 ganz eigenständig: Legien und seine Kollegen wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, dass auch noch ein zweiter Appell dieser Art existierte, den der eigenmächtig handelnde Pressesprecher der Reichskanzlei im Namen von Friedrich Ebert und der sozialdemokratischen Reichsminister verfasst und veröffentlicht hatte.

Die Entschlossenheit, mit der Carl Legien im Frühjahr 1920 für den politischen Massenstreik eintrat, mag überraschen. Sie scheint nicht zum Bild des moderaten Reformisten und vorsichtigen Taktierers zu passen, das viele Zeitgenossen

von Legien gewonnen hatten. Tatsächlich aber blieb sich der Bundesvorsitzende in der Krise der jungen Weimarer Republik selber treu: In der parteiinternen „Massenstreik“-Debatte der Sozialdemokraten in den Jahren 1905/06 hatte Legien stets die Ansicht vertreten, bei Angriffen auf die demokratischen Grundrechte sei ein Generalstreik ohne Frage legitim. Diese Überzeugung wurde 1920 zur politischen Tat und damit bewährten sich die von Legien geführten Gewerkschaften auf eindrucksvolle Weise als demokratische Kraft.

Dies gilt umso stärker, als die Putschisten anfangs intensiv um die Gewerkschaften warben. In seinem ‚Regierungsprogramm‘ erklärte Kapp, er wolle „die Arbeiterschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Neuordnung in hervorragendem Maße zur Vorbereitung und zur tätigen Mitarbeit neben den anderen Berufs- und Erwerbsständen heranziehen“.⁵⁴ Auf Verhandlungsangebote des ‚Kanzlers‘ ging die ADGB-Führung jedoch nicht ein. Zwar kam es am 15. März 1920 zu einer persönlichen Begegnung zwischen Wolfgang Kapp und Carl Legien. Dieses Treffen verlief eisig und es wurde rasch beendet, weil Legien unmissverständlich klar machte, dass die selbsternannte Regierung unter keinen Umständen mit einer Kooperation der Gewerkschaften rechnen könne. Kapp reagierte prompt mit einem radikalen Kurswechsel: In einer noch am gleichen Tag erlassenen Verordnung bedrohte er nicht nur die „Rädelsführer“, sondern auch noch die Streikposten, die den Ausstand gegen den Putsch selbst in volkswirtschaftlich zentral wichtigen Versorgungsbetrieben durchsetzen, ohne Unterschied mit der Todesstrafe.

Trotz dieses Säbelrasselns der Putschisten wurde der am 13. März 1920 proklamierte Generalstreik fast ohne Ausnahme befolgt. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Beamten legten mehrheitlich ihre Arbeit nieder. Für die Deutschen bedeutete das massive Unbill: Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser brach vielfach (gerade in den Großstädten) weitgehend zusammen; es verkehrten keine Züge mehr und damit stockte rasch auch die Lebensmittelversorgung; Zeitungen erschienen nicht; selbst mit den Diensten des Telefons und des Telegrammdiensts konnte niemand mehr rechnen. Da der Streik die Kommunikationswege weitgehend lahm legte, wucherten die Gerüchte – und

⁵⁴ Zit. nach: *Erwin Könnemann/Gerhard Schulze* (Hrsg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002, S. 143.

mit ihnen auch spontane Aktionen, die nur der Emotion entsprangen. In zahlreichen Städten attackierten demonstrierende Arbeiter Einheiten der Reichswehr (auch solche Truppenteile, die den Militärcoup nicht aktiv unterstützten). Frustriert von dem wachsenden Chaos, das sie nicht ordnen konnten, warfen die Anführer des Putsches schon am 17. März die Flinte ins Korn: Sowohl Kapp als auch der General von Lüttwitz, der sich selbst zum „Militäroberbefehlshaber“ gemacht hatte, erklärten ihren ‚Rücktritt‘ und tauchten mit gefälschten Pässen unter. Einen Tag später verließen die meuternden Soldaten Berlin. Dabei schossen sie wiederholt auf Demonstranten und Passanten; mehr als 40 Berliner verloren an diesem Tag ihr Leben.

Der Generalstreik hatte sein Ziel erreicht – und wurde nach dem Willen der Gewerkschaften dennoch für fünf weitere Tage fortgesetzt. Das ist der zweite Teil in der Geschichte des Kapp-Putsches. Für die Gewerkschaften und auch für Carl Legien als ihrem wichtigsten Mann war er weitaus weniger erfolgreich als der erste Teil. Der Streik wurde fortgesetzt, um der Reichsregierung politische Zugeständnisse abzutrotzen: Nach dem Putsch könne man, so die von Legien formulierte Strategie, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen; Putsch und Generalstreik müssten Konsequenzen haben. Konkret forderte Legien den Rücktritt des Reichswehrministers Gustav Noske, den er für politisch unfähig hielt. Daneben gab es noch ein umfangreiches Forderungsprogramm, dessen Umsetzung die frisch gerettete Regierung den Gewerkschaften zusagen sollte: Dazu gehörten etwa die Sozialisierung des Bergbaus und der Energiekonzerne, eine „Säuberung“ des Staatsapparates von „Reaktionären“ und generell ein „entscheidender Einfluss“ der Gewerkschaften auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik.⁵⁵

Das waren ohne Fragen enorm gewichtige, ja kühne Forderungen, zumal wenn man bedenkt, dass ja die Reichsregierung die demokratisch legitimierte Kraft im Staate war. Es folgte ein Machtkampf zwischen zwei Sozialdemokraten: Reichspräsident Friedrich Ebert auf der einen Seite, der es ablehnte, sich von den Gewerkschaften politische Vorschriften machen zu lassen, und Carl Legien auf der anderen Seite, der mit dem verlängerten Generalstreik versuchte, die innenpolitischen Gewichte nach links zu verschieben. In diesem Kampf unterlag

55 Zit. nach: ebd., S. 252.

Legien, weil die Streikfront umso stärker bröckelte, je länger sich der Ausstand hinzog. Im Kern war der Generalstreik eine defensive Bewegung zur Verteidigung der Demokratie. Als der Putsch besiegt war, ließ sich kaum noch darauf setzen, dass die Streikfront so geschlossen bleiben werde wie bisher. Ebert setzte sich daher durch, weil die Gewerkschaften nachgaben. Immerhin opferte der Präsident Gustav Noske, den er eigentlich im Amt halten wollte. Dieser Rücktritt eines Ministers blieb letztlich das einzige Ergebnis, das die zweite Phase des Generalstreiks brachte, der in diesen Tagen auch zusehends abbröckelte. Die große Einigkeit des deutschen Volks – der Generalstreik – endete schließlich mit massiver Uneinigkeit und Gewalt: Die Gewerkschaften erklärten den Streik für beendet, besonders im Ruhrgebiet aber setzten viele Arbeiter den Ausstand fort, um die Sozialisierung der Bergwerke zu erreichen. Es bildete sich eine „Rote Armee“, die Rathäuser besetzte und Gefängnisse stürmte. Daraufhin marschierte die Reichswehr auf, die kurz zuvor nichts gegen die rechten Putschisten unternommen hatte. Für mehrere Tage tobte an der Ruhr ein veritabler Bürgerkrieg, der rund 1.000 Menschenleben forderte und mit der Zerschlagung der „Roten Armee“ endete. Auf Seiten der Linken blieben Enttäuschung und Verbitterung. Die ohnehin schon vorhandenen Gräben zwischen demokratischen und radikalen Linken, die der Generalstreik kurzfristig überdeckt hatte, waren noch sehr viel tiefer geworden.

Seit den 1970er Jahren dominiert unter Historikern eine sehr kritische Sicht auf diese zweite Phase des Generalstreiks und auf deren Resultate. Wenn die Sache nicht so blutig ernst wäre, könnte man sagen, Legien und die anderen Gewerkschaftsführer bekommen gute Noten für die Pflicht – den ersten Teil des Streiks bis zum Sieg über die Putschisten – und miserable Wertungen für die Kür – für den Versuch, eigene politische Forderungen durchzusetzen. Ich möchte hier widersprechen, weil ich meine, dass der erste Abschnitt des Generalstreiks der historisch wichtigere war: Hier wurde eine Militärdiktatur durch den Widerstand fast der ganzen Bevölkerung verhindert. Dieses wichtige Ereignis in der Geschichte der deutschen Demokratie sollte nicht so beiseite geschoben werden, denn die Bevölkerung, die für die Freiheit aufsteht, hat sich in der deutschen Geschichte ja ansonsten nicht grade oft zu Wort gemeldet. Getragen wurde dieser demokratische Widerstand von den Gewerkschaften, von Gewerkschaften, die

genau verstanden hatten, dass gewerkschaftliche Arbeit nur unter freiheitlichen Bedingungen möglich ist, dass ein Gewerkschafter deshalb nie politisch neutral sein darf, wenn die Demokratie bedroht wird. Carl Legien als der Mann an der Spitze dieser Gewerkschaften sollte deshalb erinnert werden, wenn wir über die demokratischen Traditionen unseres Lands sprechen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Gedruckte Quellen

- Blumenberg, Werner* (Hrsg.), August Bebel, Briefwechsel mit Friedrich Engels, Gravenhage 1965.
- Könnemann, Erwin/Schulze, Gerhard* (Hrsg.), Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002.
- Legien, Carl*, Neutralisierung der Gewerkschaften, in: Sozialistische Monatshefte 4, 1900, S. 369-376.
- Legien, Carl*, Ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Entwicklung, in: Die Neue Zeit 23, 1904/05, Bd. 1, S. 36-45.
- Leipart, Theodor*, Zur Lage der deutschen Drechslerarbeiter. Ein Beitrag zur deutschen Arbeiterstatistik. Nach statistischen Erhebungen aus dem Jahre 1892. Im Auftrage des Zentralvorstandes der Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands zusammengestellt u. bearbeitet, Hamburg 1893.
- Leipart, Theodor*, Carl Legien und die Gewerkschaftsbewegung, in: Sozialistische Monatshefte 19, 1915, S. 1153-1158.
- Leipart, Theodor*, Carl Legien. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929.
- Protokoll der Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt am Main-Bockenheim vom 8. bis 13. Mai 1899, Hamburg [o. J.].
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt am Main vom 21. bis zum 27. Oktober 1894, Berlin 1894.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln am Rhein vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 sowie Bericht über die 4. Frauenkonferenz am 22. und 23. September 1906 in Mannheim, Berlin 1906.
- Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Vom 1. März 1892 bis zum 31. Dezember 1894, Hamburg o. J.

Ausgewählte Literatur

- Friedrichs, Julia Friedrichs*, Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von Morgen, Hamburg 2008.
- Führer, Karl Christian*, Carl Legien 1861-1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter, Essen 2009 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen; Schriftenreihe A: Darstellungen; 42).
- Matthias, Erich*, Das Mannheimer Abkommen von 1906, in: *ders.* (Hrsg.), Einheitsgewerkschaft und Parteipolitik. Zum 75. Jahrestag des Mannheimer Abkommens, Düsseldorf 1982.
- Schneider, Michael*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989.
- Unger-Winkelried, Emil*, Von Bebel zu Hitler. Vom Zukunftsstaat zum Dritten Reich. Aus dem Leben eines sozialdemokratischen Arbeiters, Berlin 1934.
- Weber, Max*, Politik als Beruf, in: *Ders.*, Politik und Gesellschaft, Neu Isenburg 2006, S. 565-610.
- Wette, Wolfram*, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.
- Winkler, Heinrich August*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts).

Bildnachweis

Abbildung auf dem Frontcover: SPD-Mitglied des Reichstags und Vorsitzender des ADGB Carl Legien 1919, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Abbildung 1: Porträt Carl Legien als Vorsitzender des ADGB 1920, Rechteinhaber unbekannt, AdsD.

Abbildung 2: Carl Legien 1881 als Rekrut und 1883 als Generalsbursche; Rechteinhaber unbekannt, AdsD.

Abbildung 3: Gruppenaufnahme mit SPD-MdR Carl Legien und der Leiterin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ Clara Zetkin und der Vorsitzenden des „Gewerkschaftlichen Frauenkomitees“ Emma Ihrer auf dem sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London, 1896, Rechteinhaber unbekannt, AdsD.

Abbildung 4: Protestkundgebungen gegen den Kapp-Putsch in Berlin am 13. März 1920, Rechteinhaber unbekannt, AdsD.

Zum Autor



Karl Christian Führer (Foto: Jens Jeske, Berlin)

Karl Christian Führer, geb. 1954, außerplanmäßiger Professor an der Universität Hamburg, zur Zeit mit einem Projekt zur Geschichte Heinz Klunckers und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr an der Universität Hannover.

Publikationen zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit dem Kaiserreich, zur Mediengeschichte und zur Gewerkschaftsgeschichte, etwa: Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995; Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960, München 2008. Carl Legien 1861–1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter, Essen 2009. Mitherausgeber mit Jürgen Mittag, Axel Schildt und Klaus Tenfelde, Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Essen 2013. Demnächst erscheint: Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960–1984.

Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

Zuletzt sind erschienen:

Helga Grebing/Walter Scheiffele/Klaus Wettig

Ein Politiker aus dem Kraftfeld der Moderne. Festakt zum 150. Geburtstag von Heinrich Peus. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2014. – 44 S.

(Gesprächskreis Geschichte, Heft 104)

ISBN 978-3-86498-777-9

„150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eröffnungsreden. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 52 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 103)

ISBN 978-3-86498-722-9

Heike Christina Mätzing

Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 33 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 102)

ISBN 978-3-86498-538-6

Heinrich-August Winkler

Die Ehre der deutschen Republik. Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 28 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 100)

ISBN 978-3-86498-502-7

Volker Weiß

Moses Hess (1812–1875). Leben, Werk und Erbe eines rheinischen Revolutionärs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 99)

ISBN 978-3-86498-423-5

Klaus Schönhoven

Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 98)

ISBN 978-3-86498-408-2

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 128 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 97)

ISBN 978-3-86498-410-5

Mike Schmeitzner

Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 50 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 96)

ISBN 978-3-86498-153-1

Marc Buggeln

Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 170 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 95)

ISBN 978-3-86498-090-9

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 94)

ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkerling

„Flucht und Vertreibung“ ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauerausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Diskussion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 91)

ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 92 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 90)

ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 89)

ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 88)

ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 60 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9